

Ausgesucht.

Termine, Kontakte und Ideen verwalten.
Apps für den Uni-Alltag. **8**

Ausgepackt.

Service, das hilft. Studienrelevante Infos
auf einen Blick. **12**

Angeschaut.

Eine kritische Betrachtung der Star Wars
Fans. **16**

Ausgefragt.

Geschlechterkritische Pädagogik gegen
Rechts. **26**

Studium und Flucht

**Bürokratie, Kriminalisierung und nicht anerkannte Fluchtgründe.
Dossier ab S. 31**

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EUR 0,73



progress

zu Hause lesen

Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau.
Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.



**GRATIS
ABO**

EINFACH BESTELLEN

progress-online.at

Bildung

06 MIT APPS DURCH DEN UNIALLTAG.

Von Zeitmanagementtools, Kreativitätstechniken bis hin zum WG-Assistenten und Lernpausen-Begleiter.

08 UNGARNS STUDIERENDE ZWISCHEN APATHIE UND AKTIONISMUS. Seit dem zweiten Antritt der Fidesz-Regierung 2010 hat Ungarn auch universitätspolitisch einen autoritären Kurs eingeschlagen.

10 POLITIK, DIE WIRKT. SERVICE, DAS HILFT. Mangelnde Ausfinanzierung, Studieren probieren, 20 Jahre Frauenförderungsplan, Ungleichheiten im Bildungssystem und MORE.

12 INKLUSION AN DER UNI. Inklusive Lehrveranstaltungen sind eine Rarität an Österreichs Universitäten. Ein Erlebnisbericht.

14 GEMEINSAM SCHAFFEN WIR DAS. MentorInnen begleiten SchülerInnen mit Migrationserfahrung.

Feuilleton

16 EIN SCHWARZER STORMTROOPER. Eine kritische Betrachtung rassistischer, sexistischer und antisemitischer *Star-Wars*-Fans.

18 „ALTERNATIVE GAB ES KEINE“. Interview mit Osama Abdul Mohsen, dessen Geschichte durch den Tritt einer ungarischen Kamerafrau ins mediale Rampenlicht geriet.

20 FÜNFUNDZWANZIG JAHRE „DIE PIEFKESAGA“. Das 4-teilige Fernsehspiel über das Verhältnis der TirolerInnen zu ihren deutschen Urlaubsgästen erregte in den frühen 1990ern die Gemüter.

22 REZENSION. Über „Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal“ und warum Erinnern auch Handeln heißt.

23 BURSCHENSCHAFTER-BALL: NEIN DANKE. Drei antifaschistische Bündnisse und ihre Strategien gegen den Rechtswalzer in der Wiener Hofburg.

24 REZENSIONEN. Dass Spaniens Linke „Hello Adele“ zu Raul Zelik sagt, „wird schon irgendwie gehen“.

Wissenschaft

26 „DIE ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ BEGINNT ZU BRÖCKELN“. Interview mit Andreas Hechler über eine geschlechterkritische Pädagogik gegen Rechts.

28 GRUNDKURS KRITISCHE WISSENSCHAFT. A WIE ... AUFKLÄRUNG, D WIE ... DIALEKTIK. Warum es sich lohnt, sich durch Adornos und Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ zu mühen.

30 TTIP, CETA, ISDS: ENTDEMOKRATISIERUNG IN DER KRISE. Wie die Handelsabkommen und ihr Zusatz ISDS die undemokratischen Strukturen der EU noch weiter entdemokratisieren könnten

Dossier

32 NACH DER FLUCHT: ZURÜCK ZUM UNIALLTAG. Drei Studierende, die nach der Flucht mit dem Studium ein Stück „Normalität“ zurück-erlangen wollen.

34 WARTEN, HOFFEN UND BANGEN. Wie die österreichische Bürokratie geflüchteten Studierenden Hürden am Weg zurück zur Uni legt.

36 ÜBER GRENZEN – GESCHLECHT ALS FLUCHTGRUND. Frauenspezifische Fluchtgründe und Diskriminierungsmechanismen im Asylverfahren und am Arbeitsmarkt.

38 WEDER HUSTENZUCKERL NOCH TASCHENTÜCHER ANNEHMEN. Wen Schleperei als juristischer Tatbestand in der Praxis trifft und wen nicht.

Editorial

Ahoi liebe Leser*innen,

was in euren – hoffentlich behandschuhten – Händen haltet, ist die erste Ausgabe des progress seit der verlängerten Sommerpause. Sofern Euer Briefkasten nicht zugefroren ist, findet ihr darin eine wohlsortierte Mischung von Bildungspolitischem, Feuilletonistischem und Wissenschaftlichem. Weil die prekär besetzte progress-Redaktion auch nicht außerhalb der gesellschaftlichen Debatten steht, wenden wir uns im aktuellen Dossier dem Thema Studium und Flucht zu. Deutlich wird, mit wievielen Formen von Diskriminierung, Hürden und Herausforderungen Studierende mit Fluchterfahrung konfrontiert sind.

Die politisch-hegemoniale Austeritätspolitik hat sich auch in der Österreichischen Hochschüler_innenschaft durchgesetzt: das progress wird magaziniger und erscheint weniger häufig. Außerdem ist es jetzt ein doppeltes Privileg, eine der gedruckten Exemplare zu Gesicht zu bekommen: Die Auflage wurde von 120.000 auf 60.000 Stück gestutzt.

Viel Freude mit dem neuen Progress!

Hanna und Florian für die progress-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen Hochschüler_innenschaft

Ausgabe: 05/2015

Auflage: 60.000 Stück

Erscheinungsmonat: Dezember

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/seiten/abo-auswahl
(Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Hanna Lichtenberger, Florian Wagner

Autor*innen dieser Ausgabe: Pauline Luzie Bublitz, Ralph Chan, Rosa Costa, Anne Marie Faisst, Judith Goetz, Katharina Gruber, jetztzeichensetzen, Jasmin Kassai, Martin Konecny, Katja Krüger, Marie Luise Lehner, Magdalena Liedl, Ruth Maiwöger, Jan Marot, Johannes Mayerhofer, NoWKR, Offensive gegen Rechts, Sandra Sieder, Susanne Weber

Cover: Lisbeth Kovacic

Bildung: Tobias Stadler

Feuilleton: Lisbeth Kovacic

Wissenschaft: Lisbeth Kovacic

Dossier: Mafalda Rakoš

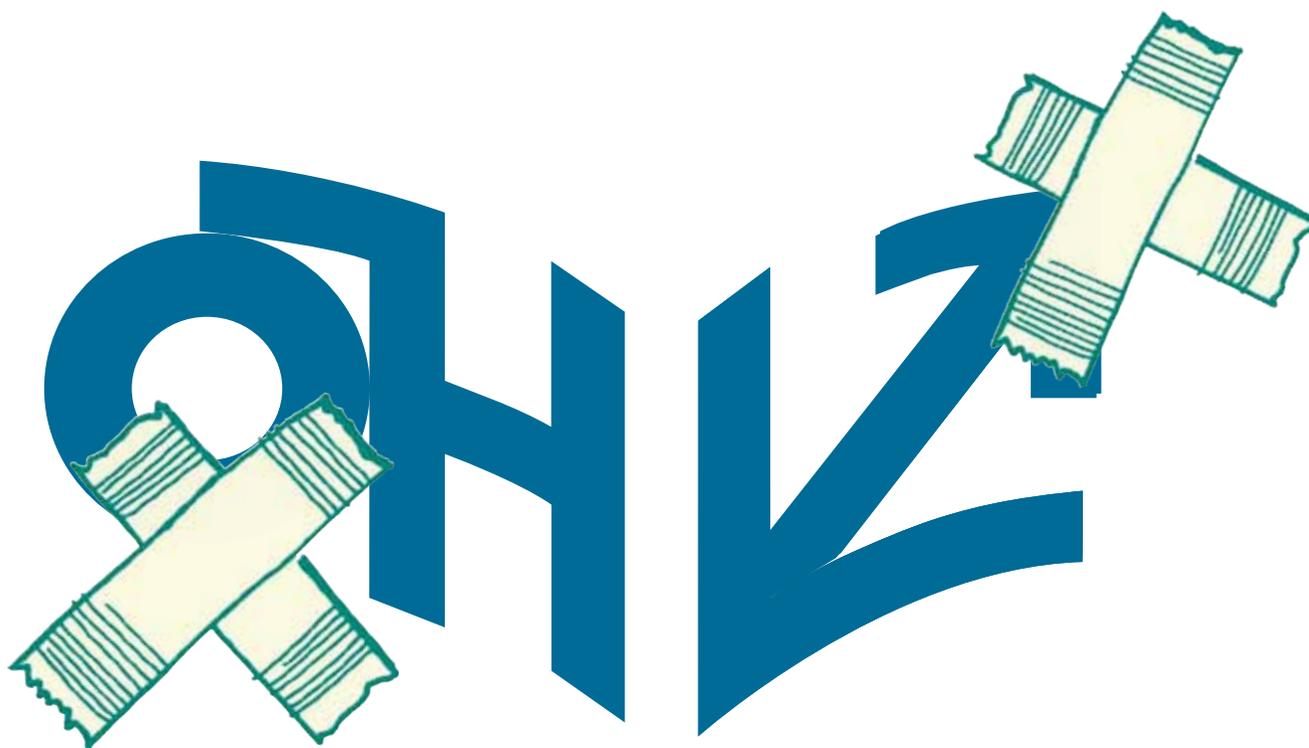
Lektorat: Anna Ellmer, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

ÖH Versicherung

Als ÖH-Mitglied genießt du, im Rahmen deines Studiums, bei der Generali Versicherungs AG eine umfassende Unfall- und Haftpflichtversicherung.



oeh.ac.at/versicherung



Mail: studierendenversicherung@oeh.ac.at



Unter oeh.ac.at/versicherung findest du auch die jeweilige Ansprechperson für deine Hochschule



Fragen: oeh.ac.at/versicherung



BILDUNG



Mit Apps durch den Uni-Alltag

Für jeden Bereich des Uni-Alltags gibt es mittlerweile mehr oder weniger hilfreiche Apps. Von Zeitmanagementtools, Kreativitätstechniken bis hin zum WG-Assistenten und Lernpausen-Begleiter. progress hat sich für euch durch den App-Dschungel gewählt.

Längst haben Smartphones und Tablets einen festen Platz im Leben von StudentInnen. Obwohl in regelmäßigen Abständen die Frage diskutiert wird, inwieweit diese Geräte durch die permanente Erreichbarkeit und Kommunikation tatsächlich einen Mehrwert haben, bleibt eines unbestritten: Sie sind unglaublich praktisch – auch für StudentInnen. Insbesondere sind es die kleinen Helferlein – sogenannte Apps – die zur Organisation des Uni-Alltags beitragen. Zahlen dazu, wie viele StudentInnen in Österreich tatsächlich gezielt Apps für diesen Zweck nutzen, gibt es noch keine. Wir geben dennoch einen Überblick zu den hilfreichsten Apps – denn für fast jeden Bereich des Uni-Alltags gibt es mittlerweile eine oder sogar mehrere davon.

VORLESUNGEN: AUDIODATEIEN STATT MIT-SCHRIFTEN. Wer in einer Vorlesung zwar körperlich anwesend ist, gedanklich aber mit einem Cocktail am Strand sitzt, nimmt die Lehrveranstaltung am besten mit der App „Evernote“ auf, anstatt selbst Mitschriften zu erstellen. Um die Audiodateien später noch einmal wiederzufinden und anhören zu können, lassen sie sich ablegen, verschlagworten und mit anderen Dateien – etwa Vorlesungsskripten – verknüpfen. Die App ist eine echte Allrounderin, wenn es um die effektive Organisation von Arbeiten, Checklisten, Dateien, Notizen und Recherchen geht. Wer beim nochmaligen Anhören der Audiodateien das Gesprochene beschleunigen möchte, greift am besten auf die App „PodSpeed“ zurück, die es ermöglicht, Audiodateien in erhöhter Geschwindigkeit abzuspielen. Zukunftsmusik ist bis heute noch die Möglichkeit, Gesprochenes aufzuzeichnen und automatisch in ein Schriftstück umzuwandeln.

Die App dafür gibt es zwar schon und sie nennt sich „Dragon Dictation“ – sie ist aber noch weit davon entfernt, ein schriftliches Skript einer mündlichen Vorlesung zu erstellen.

- *Evernote*: iOS und Android (beide gratis)
- *PodSpeed*: nur für iOS verfügbar (gratis)
- *Dragon Dictation*: nur für iOS verfügbar (gratis)

TERMINPLANUNG: AUF EINEN BLICK. Ein chaotischer Lehrveranstaltungsplan, anstehende Prüfungen und Abgabetermine? Die App „iStudiez“ hilft dabei, alle Lehrveranstaltungen auf einen Blick zu erfassen und erinnert an Prüfungen und Abgabetermine. Darüber hinaus kann die App Noten speichern und den aktuellen Notendurchschnitt errechnen. Einen ähnlich praktischen Kalender bietet auch die App „Studien-Kal“. Ein Vorteil ist, dass sich der eigene Kalender mit denen der StudienkollegInnen synchronisieren lässt. Wer den Überblick über die Noten nicht verlieren möchte, trägt sie einfach in ein Diagramm ein und lässt sich berechnen, welches Ergebnis für die nächste Prüfung notwendig wäre, um am Semesterende die Wunschnote zu erreichen. Die Android-Alternative zu „iStudiez“ und „Studien-Kal“ ist die App „Timetable“, die mit ähnlichen Funktionen aufwarten kann. Ein Pluspunkt der App sind die sogenannten Widgets in Form von Infokästchen, die auf den Desktop geheftet werden können und die wichtigsten Termine des Tages anzeigen.

- *iStudiez*: nur für iOS verfügbar (gratis)
- *Studien-Kal*: nur für iOS verfügbar (€ 1,99)
- *Timetable*: nur für Android verfügbar (gratis)

IDEEN DIGITAL STRUKTURIEREN. Wer es liebt, seine Ideen statt auf Papier digital zu strukturieren und wieder umzustrukturieren, sollte auf das gute alte Mindmapping setzen. Die App „iThoughts“ ermöglicht es StudentInnen, sämtliche Ideen, aber auch komplexen Lehrstoff bildlich darzustellen. Die Maps können in alle gängigen Formate exportiert, direkt per E-Mail verschickt und auf sozialen Netzwerken geteilt werden. Zudem lassen sich Dateien aus anderen Programmen problemlos importieren. Um den Durchblick zu

bewahren und den Überblick nicht zu verlieren, ist die App mit einem modernen Design und einer intuitiven Menüführung ausgestattet. Und auch mit der App „Mindjet“ können Ideen und Lehrstoff schnell und einfach in Maps inklusive Unterzweigen und Bildern erfasst werden. Ein bildhaftes Gedankengerüst aus Haupt- und Unterzweigen lässt sich zudem mit der App „SimpleMind“ erstellen. Neben der Möglichkeit Links einzubauen, lassen sich die Maps in alle gängigen Formate exportieren und mit der Dropbox verknüpfen.

- *iThoughts*: nur für iOS verfügbar (€ 11,99)
- *Mindjet*: iOS und Android (beide gratis)
- *SimpleMind*: iOS (€ 5,99) und Android (€ 4,79)

SOZIALE KONTAKTE KNÜPFEN. Mit der App „Jodel“ erfahren StudentInnen durch anonyme Postings in ihrem Nachrichtenfeed zum einen, was gerade in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert, und können sich zum anderen durch die anonyme Chatfunktion mit anderen StudentInnen in ihrer Nähe austauschen. Die Kombination aus anonym und lokal erfreut sich besonders auf Unigeländen großer Beliebtheit, wenngleich die App in Österreich noch nicht wirklich Fuß gefasst hat. Sie eignet sich ideal dazu, persönliche Alltagserfahrungen sowie Bilder im Nachrichtenfeed zu teilen oder sich im Chat zum Mittagessen oder gemeinsamen Lernen mit anderen StudentInnen zu verabreden. Eine österreichische Alternative zu „Jodel“ ist die App „Unipocket“. Die App setzt ebenfalls auf Lokalität, aber nicht auf Anonymität. Ziel ist es, StudentInnen die Vernetzung mit ihrer unmittelbaren Umgebung zu vereinfachen, Freunde zu treffen, neue Kontakte zu schließen und StudentInnen in unirelevanten Angelegenheiten auf den neuesten Stand zu bringen. Vernetzung im noch kleineren Stil, nämlich ausschließlich mit den eigenen MitbewohnerInnen, ermöglicht die App „Flatastic“. Ziel der App ist es, die Kommunikation zwischen



MitbewohnerInnen zu vereinfachen und das Zusammenleben zu organisieren. Ob Einkaufsliste, Pinnwand oder Putzplan – mit der App lassen sich diese in einer WG wichtigen Elemente nun digitalisieren und sind für alle MitbewohnerInnen jederzeit auf dem Smartphone oder Tablet einsehbar.

- *Jodel*: iOS und Android (beide gratis)
- *UniPocket*: iOS und Android (beide gratis)
- *Flatastic*: iOS und Android (beide gratis)

ABSCHALTEN UND AUFLADEN. Ob Gruppenarbeit, Prüfungsvorbereitung oder Seminararbeit: Lernpausen sind das A und O. Es gibt viele Möglichkeiten, eine Lernpause zu verbringen und gefühlt auch genauso viele Apps. Die App „7 Min Workout“ bietet sich etwa für jene an, die zwischendurch kurze mentale Trainingseinheiten einlegen möchten, um ihre Aufnahmefähigkeit zu verbessern. Die App besteht aus 12 Übungen, die jeweils 30 Sekunden (mit zehn Sekunden Pause) in Anspruch nehmen. Audiodateien, Bilder und Videos erklären, wie die jeweilige Übung funktioniert und machen sie leicht verständlich. All jenen, die sich mit einer Mahlzeit stärken möchten, sei die App „Kochmeister“ ans Herz gelegt, die schmackhafte und preiswerte Rezepte versammelt. Hierbei handelt es sich um kein klassisches Kochbuch, sondern um eine umfassende Rezeptsammlung einer aktiven Community. Ob es nur ein kleiner Snack für den Hunger zwischendurch oder eine warme Mahlzeit für den großen Hunger sein soll – in der Rezeptsammlung findet sich bestimmt etwas Passendes. Und wer auf kurzweilige Spiele setzt, um den Kopf auszulüften, kann das durch das Werfen von Papierbällen in einen Papierkorb tun. Nein, ein Blatt Papier und ein Mistkübel sind dafür nicht notwendig – es reicht ein Smartphone oder Tablet und die App „Paper Toss“. Die digitalen Papierbällchen müssen dann nur noch in den virtuellen Mistkübel geworfen werden.

- *7 Min Workout*: iOS (€ 2,99) und Android (€ 3,18)
- *Kochmeister*: iOS und Android (beide gratis)
- *Paper Toss*: iOS und Android (beide gratis)

DREI WEITERE SCHMANKERL. Zum Abschluss stellen wir euch noch drei hilfreiche Apps vor, die keiner bestimmten Kategorie zugeordnet werden. Im heutigen Unialltag darf vor allem eine App zur Selbstorganisation, die alle wichtigen und weniger wichtigen sowie dringlichen und nicht ganz so dringlichen Aufgaben festhält, nicht fehlen. Mit der App „Wunderlist“ lassen sich alle Aufgaben inklusive Deadline organisieren – egal, ob es darum geht, Arbeiten oder Projekte fertigzustellen, einen Urlaub zu planen oder eine Einkaufsliste zu erstellen. Es gibt auch die Möglichkeit, besonders wichtige Aufgaben mit einem Stern zu markieren und sich an bevorstehende Aufgaben per E-Mail erinnern zu lassen. Eine Aufgabe könnte auch sein, ein Dokument einzuscannen – und bestimmt wart ihr dann schon einmal mit dieser Situation konfrontiert: Ihr möchtet ein Dokument einscannen, habt aber keinen Scanner zur Verfügung. Mit der App „Scanbot“ können Dokumente nun in guter Qualität eingescannt, in der Cloud abgespeichert oder per E-Mail verschickt werden – sowohl als JPG als auch als PDF. Weil es vor dem Abschluss einer Seminararbeit für viele der letzte und gleichzeitig auch mühsamste Schritt ist, ein Literaturverzeichnis zu erstellen, gibt es mittlerweile auch dafür eine App. „RefME“ übernimmt dabei den Großteil der Arbeit. Es müssen lediglich die Barcodes der Bücher, die für die Seminararbeit verwendet wurden, eingescannt oder alternativ die ISBN-Nummern eingegeben werden. Danach erstellt die App das Literaturverzeichnis und stellt euch die gängigsten Zitierstile zur Auswahl. Für diverse andere Quellentypen – wie etwa Webseiten oder Zeitungsartikel – ist die App ebenfalls gerüstet.

- *Wunderlist*: iOS und Android (beide gratis)
- *Scanbot*: iOS und Android (beide gratis)
- *RefME*: iOS und Android (beide gratis)

DATENMEERE. Wer sich solche Apps zunutze macht, sollte in jedem Fall auch das Thema „Datensicherheit“ im Hinterkopf behalten. Denn aus Daten, die sich bei der Nutzung einer App zweifels- ohne ansammeln, lassen sich umfassende Informa-

tionen zu unibezogenen Aktivitäten gewinnen. Die Kombination der erfassten Aktivitätsdaten (habe ich eine Vorlesung besucht oder eine Lernpause gemacht) mit den Metadaten (an welchem Ort und zu welcher Zeit) ergibt ein detailreiches Profil von StudentInnen. „Es ist oft nicht einmal wichtig, was ich genau mache, es ist wichtig, von wo und zu welchem Zeitpunkt ich es mache“, sagt der Wiener Datenschützer Georg Markus Kainz. Er engagiert sich bei „quintessenz“, einem Verein zur Wiederherstellung der BürgerInnenrechte im Informationszeitalter, und betrachtet diesen Trend besonders kritisch. Dass ein App-Anbieter von vornherein die Absicht hat, durch die Entwicklung einer App an Informationen von StudentInnen heranzukommen, glaubt er nicht. Doch sobald eine App am Markt erfolgreich ist, sei es nur logisch, dass der Geschäftsführer versucht, neue Geschäftsmodelle zu erschließen. „Plötzlich stehen ihm eine Masse an Daten zu Verfügung. Diese Daten sind wie ein Rohdiamant. Natürlich beginnt man hier zu überlegen, wie man damit ein Zusatzgeschäft entwickeln könnte“, erklärt Kainz. Bildung ist ein Bereich, in dem Ökonomisierung auch in Zukunft eine untergeordnete Rolle spielen soll, und darum geht es um eine bewusste Nutzung solcher Anwendungen. Denn auch laut einem Bericht der Hochschule St. Gallen sind Apps für StudentInnen ein Trend mit „voraussichtlich revolutionären Folgen“. Während sie heute lediglich als Organisationshilfen für den Unialltag dienen, könnten sie in Zukunft auch gezielt in Lehrveranstaltungen (z.B. für Terminabstimmungen) und zur Prüfungsvorbereitung (z.B. Multiple Choice) eingesetzt werden. Apps werden den Unialltag also verändern – wie weitreichend diese Veränderungen sind, weiß vielleicht bald schon eine App.

Sandra Schieder studiert Globalgeschichte und Global Studies an der Universität Wien.

Ungarns Studierende zwischen Apathie und Aktionismus

Seit dem zweiten Antritt der Fidesz-Regierung 2010 hat Ungarn demokratie-, medien- und minderheitenpolitisch einen autoritären Kurs eingeschlagen. Dieser betrifft auch die ungarischen Universitäten.

„Selbst die Einrichtung meines Büros mussten wir zum Teil selber finanzieren oder von zuhause mitnehmen. Etwa den Drucker“, meint Professor Ferenc Hammer. Seine KollegInnen und er arbeiten wegen der infrastrukturellen und finanziellen Situation völlig prekär. Der Soziologe ist Leiter der Abteilung für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Eötvös Loránd Universität. Die Bologna-Reform wird vielerorts als Verschulung und Vereinheitlichung des Universitätswesens kritisiert. Vor dem Hintergrund von Ungarns Geschichte als post-sowjetischer Staat meint Ferenc Hammer allerdings, sie habe das Potential gehabt, den bis 1990 inhaltlich schwachen und isolierten Hochschul- und Wissenschaftssektors zu modernisieren. So hätte Bologna etwa der besseren Vernetzung mit Universitäten und WissenschaftlerInnen rund um den Globus dienen können. Hätte. Wären da nicht die chronisch schlechte finanzielle Lage des Landes und die unklaren, intransparenten politischen Entscheidungen, die maximal die formale Umsetzung der Reform möglich machten.

Seit die Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán 2010 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit wieder ins Amt kam, haben sich die Rahmenbedingungen für das Hochschulwesen zusätzlich verschlech-

tert. Dies hatte zunächst weniger mit der Regierung als mit der Europäischen Union zu tun: Da Ungarn seit 2004 mehrfach gegen die Defizitgrenzen des Maastricht-Vertrages verstoßen hatte, wurde das Land 2011 vor die Wahl gestellt, entweder seinen Haushalt zu konsolidieren, oder das Einfrieren von 500 Millionen Euro an EU-Fördergeldern zu riskieren. Die Regierung Orbán entschied sich zu einem strikten Kürzungskurs, wie er auch in anderen Staaten zu beobachten war. Davon war auch der Hochschulsektor stark betroffen. Machten die öffentlichen Ausgaben für höhere Bildung laut einem Papier der Uni Szeged 2008 noch einen Anteil von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, sank dieser in den letzten Jahren auf ein halbes Prozent. Zumindest wird dies von der Organisation „Oktatói Hálózat“ („Netzwerk der Hochschullehrenden“) kritisiert. Für Hammer ist das aufgrund der schwachen politischen Lobby der Unis und ihrer Heterogenität nicht überraschend. Um nicht auf gesellschaftlichen Widerstand zu stoßen, war die Regierung bemüht, den Hochschulsektor öffentlich als schwarzes Loch für Steuergelder darzustellen.

Auch Lehrende selbst klagen über die Ineffizienz der ungarischen Universitäten, einer von ihnen ist Daniel

Deak von der Corvinus Universität Budapest. Das geringe Budget wird aber nicht für effektive Verbesserungen genutzt. Vielmehr resultiert es in schlechter Bezahlung und fehlendem Equipment wie Projektoren, Druckerpatronen und Büchern. Der Soziologe Hammer erzählt, die Bibliothek der Humanwissenschaften an seiner Universität habe seit fünf Jahren keine einzige Neubestellung getätigt.

DAS ENDE DER ORCHIDEEN. In der Regierung Orbán ist zudem eine starke Abneigung gegen sogenannte „unbrauchbare Studiengänge“ präsent. In den Jahren 2011 und 2012 folgten Reformen, die sich negativ auf die Studienvielfalt, auf die soziale Durchlässigkeit der Unis und die Hochschul-Autonomie auswirkten. Zunächst wurde die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze schrittweise von 50.000 auf 30.000, schließlich auf 10.000 reduziert. Gleichzeitig wurde die Zahl der „teilfinanzierten Studienplätze“ (Studierendenkredite) stark angehoben. 2007/08 plante eine sozialdemokratische Regierung allgemeine Studiengebühren. Eine – auch von Orbáns Fidesz-Partei eingeleitete – Volksabstimmung verhinderte dies. Die Anhebung der teilfinanzierten Studienplätze bedeutete allerdings eine indirekte Wiedereinführung von Studiengebühren. Bezüglich der Höhe

kursieren im Netz verschiedene Zahlen. Laut der deutsch-ungarischen Tageszeitung „Pester Lloyd“ kommen auf alle, die nach einem definierten Numerus Clausus kein Recht auf einen voll finanzierten Platz haben, Studiengebühren von bis zu 1500 Euro pro Jahr zu. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten ein echtes finanzielles Problem für viele Studierende.

Dass vor allem sogenannte „Orchideenfächer“ im Spannungsfeld zwischen Staat und Markt stehen, ist kein ungarisches Spezifikum, sondern eine länderübergreifende Realität. Durch die Reformen der letzten Jahre wurden in Ungarn staatlich finanzierte Studienplätze nicht mehr nach Bedarf organisiert, sondern zu jenen Fächern umverteilt, die „nationalökonomisch relevant“ sind. Für das Studienjahr 2013/14 wurde eine „Streichliste“ mit Fächern veröffentlicht, die zukünftig nicht mehr staatlich finanziert werden sollen. Darauf finden sich unter anderem: Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Business Management, Soziologie, Internationale Studien, Kommunikationswissenschaften und Studien, die relevant für den öffentlichen Dienst sind. Für letztere wurde gar eine eigene, regierungsgesteuerte Universität gegründet, die somit eine umfassende Kompetenz zur Selektion



künftiger AnwerberInnen für wichtige Posten im Staat hat. Studienfächer, die vom Markt nicht ausreichend nachgefragt werden, müssen eben schließen, so die Staatssekretärin Hoffmann.

Ein weiteres Kernstück der Hochschulreformen sind die sogenannten „Verträge“. Wer einen staatlich finanzierten Studienplatz in Anspruch nehmen will, kann dies nur durch die Unterzeichnung eines Vertrages tun. Damit verpflichtet man sich, nach Abschluss des Studiums die doppelte Studienzeit in Ungarn zu arbeiten, ungeachtet der Chancen auf eine Stelle mit entsprechender Qualifizierung und halbwegs angemessenem Lohn. Bei Missachtung des Vertrages sind alle staatlichen Mittel wieder zurückzuzahlen. Damit sind nicht nur etwaige Gebühren gemeint, sondern die gesamten Studienkosten. Angesichts dessen sehen sich Universitäten mit sinkenden Inskriptionszahlen konfrontiert. Im Studienjahr 2013/14 waren es laut „Pester Lloyd“ 95.000 Studierende: ein 17-Jahres-Tief.

Das ursprüngliche Ziel der Studienverträge, nämlich die Abwanderung ausgebildeter AkademikerInnen ins Ausland zu stoppen, wurde nicht erreicht. Das Problem wurde lediglich verzögert, denn viele emigrieren nun gleich nach der Matura zum Studieren

nach Deutschland, Österreich oder in die Slowakei. Der „Brain Drain“ sei laut Hammer ein zunehmendes Problem für Ungarn. Auch András Maté, Professor der Theologie und Gründungsmitglied des „Netzwerkes der Hochschullehrenden“, stimmt zu: „Die besten Köpfe“ unter den angehenden und ehemaligen StudentInnen würden gehen. Während Studierende „unwirtschaftlicher“ Fächer sowieso geringe Chancen auf einen leistbaren Studienplatz haben, werden jene AnwerberInnen für staatlich voll ausfinanzierte Fächer durch derartige Verträge ins Ausland getrieben.

ZENTRALISIERUNG UND KONTROLLE. Studierenden- und Lehrendenvertretungen kritisieren gemeinsam die fehlende Kommunikationskultur zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen und Betroffenen an den Universitäten. Dies führt regelmäßig zu politischen Veränderungen, die den Realitäten nicht angemessen sind. Während die Entwicklung in Europa eher in die Richtung Hochschulautonomie geht, gibt es in Ungarn Zentralisierungsprozesse. Der mangelhaft ausgeprägte Korporatismus und der feudale Politikstil sind für die in Wien und Budapest lehrende Soziologin Éva Judit Kovács sogar Strukturprinzip der ungarischen Gesellschaft. Ein Kernele-

ment der Autonomie-Reform sei ihrer Meinung nach das verwaltungs- und finanztechnische Durchgriffsrecht des Staates an den Universitäten. Das Nachrichtenportal „Budapest Beacon“ schreibt von einem „chancellery system“. Es handelt sich um eine Behörde, deren BeamtInnen direkt von Premierminister Orbán ernannt werden und die sowohl die Verwendung der staatlichen Finanzmittel reguliert, ein Vetorecht bezüglich der Entscheidungen der DirektorInnen, sowie die Entscheidungsmacht über Personalfragen hat, ausgenommen ist nur das Forschungs- und Lehrendenpersonal. Nicht mehr die Unis, sondern der Staat und die Regierung werden zum unmittelbaren Arbeitgeber des Personals.

KEIN WIDERSTAND DER STUDIERENDEN? Die Einschätzung des Widerstandspotentials von Studierenden und Lehrenden angesichts der massiven Eingriffe gehen selbst bei ProfessorInnen auseinander. András Maté erklärt, dass es den Hochschullehrenden mit „Oktatói Hálózat“ gelungen sei, eine langfristig strukturierte, kritische Plattform zu kreieren, welche in der Lage sei, den hochschulpolitischen Diskurs zumindest etwas zu beeinflussen. Das Studierenden-Netzwerk „Hallgatói Hálózat“ sei allerdings, so Maté, eine lose Gruppe,

die sich nicht auf permanente Organisation orientiere. Interessanterweise sind beide Gruppen Ausdruck der Proteste gegen Orbáns Hochschulreformen 2011. Das Protestpotential der Studierenden würde sich immer nur anlassbezogen entfalten, meint Maté. Gibt es einen restriktiven, hochschulpolitischen Vorstoß der Regierung, finden sich immer wieder neue Gesichter zu spontanen Protesten zusammen. Danach verschwinden sie wieder, es gibt keine permanenten Strukturen, was sich auch darin äußert, dass man kaum jemanden für ein substantielles Interview gewinnen kann. Seit 1990 seien politische Bewegungen – vor allem parteigebundene – in den Unis untersagt. In der Analyse übereinstimmend, aber in der Schlussfolgerung abweichend äußert sich Ferenc Hammer: Wenn Studierende zu spontanen, großen Demonstrationen zusammenkamen, habe die Regierung ihre hochschulpolitischen Pläne zumindest etwas entschärfen müssen. „Die Protestierenden haben damit bisher mehr erreicht als die Opposition im Parlament“, meint er und lacht.

Johannes Mayerhofer studiert Soziologie und Psychologie an der Universität Wien.

Politik, die wirkt. Service, das hilft.

Kalender

OKTOBER

Das Semester der neu gewählten ÖH-Exekutive startete im Oktober gleich mit der mangelnden Ausfinanzierung der Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachschulen. „Denn anstatt den Hochschulen dringend notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen, werden diese weiterhin kaputtgespart“, kritisiert das Vorsitzteam der ÖH den Finanzminister Hans-Jörg Schelling nach seiner Budgetrede im Parlament. Es braucht endlich ein Bekenntnis zur freien Bildung und die versprochene Erhöhung des Hochschulbudgets.

Ebenfalls im Oktober ging das beliebte Programm „Studieren Probieren“ der ÖH in die nächste Runde. Studieninteressierte können sich ihr Wunschstudium ansehen und in den Studienalltag hineinschnuppern – begleitet durch den Unidschungel werden sie dabei von erfahrenen Studierenden. Alle, die Geschwister oder FreundInnen haben, die noch unsicher in ihrer Studienwahl sind, und auch jene, die selber gerne einmal SchülerInnen zu einer Expedition an die Hochschule begleiten wollen finden hier weitere Informationen:

<https://www.studierenprobieren.at/>

NOVEMBER

Im November feierten das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und die Arbeitsgemeinschaft für Gleichbehandlung und Gleichstellung an Österreichs Universitäten das 20-jährige Jubiläum des Frauenförderungsplanes an den Universitäten. Wenig Grund zu feiern gab es aus Sicht der ÖH: „Gewiss wurde in den letzten 20 Jahren einiges erreicht, von tatsächlicher und gelebter Gleichstellung an den Universitäten sind wir aber noch weit entfernt.“

Denn bis heute gibt es eine enorme Diskrepanz zwischen Studentinnen und Professorinnen – auch gläserne Decke genannt. Die ÖH mahnt, dass Frauenförderungsmaßnahmen innerhalb der Hochschulen aktiv eingefordert werden und mit Leben gefüllt werden müssen. Sonst schaut es weiterhin schlecht aus mit der Gleichberechtigung an den Hochschulen.

Skandal im Wiener Landesgericht. Der Politikwissenschaftsstudent und aktive Antifaschist Jahn B. wurde auf Grund der Zivilcourage, die er während eines brutalen Polizeieinsatzes zeigte, zur Zahlung von 14.800 Euro verurteilt. Der Richter ließ Jahn wissen, dass er sich doch gar nicht hätte einmischen brauchen und die Veranstaltung generell meiden hätte können. Die ÖH meint dazu: „Die Teilnahme von Jahn B. an der Demonstration gegen rechte Gruppierungen ist kein Verbrechen, sondern ein demokratisches Recht! Solidarität und Zivilcourage müssen gefördert und nicht unterbunden werden!“ und fügt mahnend hinzu: „Antifaschismus darf nicht kriminalisiert werden!“

Den Internationalen Studierendentag am 17. November nahm die Österreichische Hochschüler_innenschaft zum Anlass, daran zu erinnern, dass Bildung nicht nur für Menschen mit österreichischem Pass, sondern für alle zugänglich sein muss. Vor dem Hintergrund der aktuellen Fluchtbewegung muss es nun darum gehen, Personen mit Fluchterfahrung den Weg an die Hochschulen zu ermöglichen.

Das von der Bildungsministerin als großer Wurf verkaufte Bildungsreformchen ändert für die ÖH nichts an den Ungleichheiten im Bildungssystem. Denn die Gesamtschule darf nur in höchstens 15 Prozent der Schulen pro Bundesland erprobt werden – das Modell läuft auf zehn Jahre. Die Dauer vor der Aufspaltung der 6–14-jährigen in verschiedene Schultypen wird dadurch verlängert und trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten im Bildungssystem fortzuschreiben.

AUSBLICK - WAS IM DEZEMBER UND JÄNNER KOMMT

Zulassungsfristen für das Sommersemester 2016 sind an vielen Universitäten unterschiedlich und müssen auf den Webseiten der einzelnen Hochschulen nachrecherchiert werden.

- Für einen schnellen Überblick ist diese Seite hilfreich: <https://www.studienbeginn.at/>
- Informationen zur Inskription und zur Studienwahl gibt es auf der Studienplattform der ÖH: <https://www.studienplattform.at>

DIE ÖH LÄSST EUCH MIT EUREN PROBLEMEN NICHT ALLEIN! Zusätzlich zu den vielen Beratungen, die eure lokalen Hochschulvertretungen anbieten, hilft auch die Bundesvertretung gerne weiter. Von Beratung zu studienrechtlichen Härtefällen, über Sozialberatung bis Beratung speziell für ausländische Studierende – das Beratungsangebot ist breit aufgestellt.

Aktuelle Beratungszeiten und ferienbedingte Änderungen kannst du auf unserer Website unter <https://www.oeh.ac.at/beratung> finden.

Die Krux mit dem Wohnen

Willkommen im Sozref-Eck, dem Herrgottswinkel für Gottlose. Leider werden sozialrechtliche Regelungen allgemein – und speziell für Studierende – seit Jahren verschlechtert. Das ist für uns aber natürlich kein Grund, nicht weiterhin lästig zu bleiben. Und manchmal ist unsere permanente Trotzphase gegenüber Ministerium, Autorität und sonstigen Würdenträger_innen auch von Erfolg gekrönt.

So haben wir etwa erreicht, dass bei der Steuerreform die Bewohner_innen von Studierendenheimen weiterhin "nur" die übliche Mehrwertsteuer von 10, anstatt von 13 Prozent zahlen müssen. Darüber hinaus organisieren wir jedes Semester Schulungen für Heimvertreter_innen, bei denen grundlegende Kompetenzen in Sozialrecht und Konfliktmanagement vermittelt werden. Nachdem eine Studie der AK Wien im April festgestellt hat, dass die Benützungsverträge von Studierendenheimträger_innen vor Rechtswidrigkeiten nur so strotzen, bemühen wir uns besonders um diesen Bereich. Wobei hier die Problemlage so divers ist wie das Student_innenleben zwischen drei Jobs und dem Studium.

Neben neu entstehenden Luxus-Studiheimen, die horrenden Preise verlangen und sich nicht immer an die ge-

setzlichen Bestimmungen halten, haben auch manche Vermieter_innen den Reiz des Student_innenheimdaseins entdeckt. Weil Heime für Studierende von den meisten Schutzbestimmungen des Österreichischen Mietrechts ausgenommen sind, vermietet manche_r Mietkasernenbesitzer_in nun ihre Liegenschaft in Gürtelnähe als Student_innenheim. Was wie eine Grotteske aus einem Dickens Roman klingt, ist Realität am Wiener Mietmarkt. Um solchen Rechtsmissbrauch hintanzuhalten, berät das Referat für Sozialpolitik in wohnrechtlichen Angelegenheiten und unterstützt betroffene Student_innen im Falle des Falles auch bei Verfahrenskosten.

Daneben bemühen wir uns durch Beratung vor Ort um die sozialrechtlichen Anliegen von Student_innen. Teil dieser Tätigkeit ist es auch, ÖH-Studierendenvertreter_innen auf allen Ebenen rechtlich zu schulen. Anfang November waren wir dafür mit Sozialreferaten aus ganz Österreich in Linz, um uns in verschiedenen sozialrechtlichen Themen weiterzubilden. Ob Probleme mit dem Finanzamt bei der Familienbeihilfe, Ärger mit der Studienbeihilfe oder Falschauskünfte beim AMS: Das Sozialreferat unterstützt euch bei allen studierendenspezifischen Fragen rund um diese Themen.

Im Dezember besonders auf Ferienzeiten achten:

Sozialberatung

Montag und Mittwoch von 12:00–15:00 Uhr, Dienstag von 10:00–14:00 Uhr, Donnerstag von 16:00–19:00 Uhr

Wohnrechtsberatung:

Montag von 16:00–18:00 Uhr (nur per Skype oeh-bv. wohnrechtsberatung)

Dienstag von 13.00–16.00 Uhr (vor Ort)

Donnerstag von 10:00–13:00 Uhr (vor Ort und per Skype: oeh-bv.wohnrechtsberatung)

Vertragscheck

Donnerstag 17:00–19:00 Uhr

bei Fragen rund um das Arbeitsrecht:

+43(0)5/03 01 21 510

E-mail: sozial@oeh.ac.at

Adresse: Taubstummengasse 7–9, 4.Stock, 1040 Wien, Österreich

Telefon: +43 (0) 1/3108880 - 43

MORE: Mehr für Flüchtlinge an den Unis

Österreichische Unis geben Flüchtlingen als außerordentliche HörerInnen Zugang zu Lehrveranstaltungen. Für ein ordentliches Studium bestehen weiterhin Hürden, kritisiert die ÖH.

Unbürokratischer Zugang zu Kursen und Vorlesungen für Flüchtlinge, die Universität als „Ort der Begegnung“ – das ist der Grundgedanke des Universitätenkonferenz (uniko)-Projektes MORE. Bereits im Sommer hat die Uniko mit Vorbereitungen zu MORE begonnen; Ende September wurde das Projekt offiziell vorgestellt. Damals hatten sich 16 Universitäten am Projekt der Uniko beteiligt, mittlerweile sind es 19 der 21 österreichischen Unis.

Seit September wurden 50 Studierende, die als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind, gefördert. Im Zuge von MORE können sie an den teilnehmenden Unis über 100 Lehrveranstaltungen besuchen sowie an Sprachkursen, Workshops und Sportaktivitäten teilnehmen. Dazu bekommen sie aus Spendengeldern finanzierte Lehrbücher und Fahrkarten für die Anfahrt zur Uni. Außerdem beinhaltet MORE ein „Buddy-System“, bei dem erfahrene Studierende den teilnehmenden Flüchtlingen im oft

noch ungewohnten Uni-Alltag zur Seite stehen.

„Bedenkt man, dass MORE gerade erst gestartet wurde, läuft es außerordentlich gut“, so die Zwischenbilanz von Uniko-Sprecher Manfred Kadi. Die größte Herausforderung sei nun, die Aktivitäten längerfristig finanziell abzusichern, denn die Förderung für 50 Flüchtlinge sei „natürlich noch nicht ausreichend“, so Kadi. „Der Andrang übertrifft all unsere Erwartungen.“

„Das Projekt ist im Flug entstanden, da gibt es natürlich noch Umsetzungsprobleme“, sagt Marika Gasteiger von der ÖH Uni Wien. Insgesamt begrüßt die Studierendenvertretung das Projekt, allerdings sei es auch nicht „das Gelbe vom Ei“, so Gasteiger. Es sei zwar schön, dass die Universitäten Flüchtlingen grundsätzlich ermöglichen, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen, doch sei dies nach wie vor nur als außerordentliche Studierende möglich. Flüchtlinge,

die sich für ein ordentliches Studium einschreiben und dies abschließen wollen, stoßen auf dieselben Hürden wie früher.

Magdalena Liedl studiert Zeitgeschichte und Anglistik an der Uni Wien.

So kannst du dich bei MORE engagieren:

- *Startpakete spenden: Um 50 Euro können für eine_n neue_n Studierende_n Fahrkarten und Bücher finanziert werden.*
- *Buddy werden: Als Buddy kannst du zum Beispiel Flüchtlinge im Uni-Alltag unterstützen oder übst Deutsch.*

Auf <http://uniko.ac.at/projekte/more/> erfährst du, wer an deiner Uni für MORE zuständig ist.

Inklusion an der Uni!

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert unter anderem die Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Inklusive Lehrveranstaltungen sind aber eine Rarität an Österreichs Universitäten. Ruth Maiwöger und Pauline Luzie Bublitz haben an solcher Rarität der Uni Wien teilgenommen und erzählen von ihren Erfahrungen.

Nach vielen Versuchen klappte es im vergangenen Sommersemester endlich – wir sind in den Kurs unserer Wahl gekommen. Der Name der Lehrveranstaltung „Bildungskonzepte in Unterstützungsmaßnahmen für erwachsene Menschen mit Behinderung“ klang interessant und gleichzeitig recht nichtssagend für alle, die sich auf dem Gebiet der Sozialpädagogik nicht gut auskennen. Am ersten Tag der Lehrveranstaltung waren wir nach dem Betreten des Seminarraums ob der vielen anwesenden Personen erstaunt. Anstatt der durchschnittlich 25 Studierenden nahmen etwa 40 Personen teil. Es war ein Stuhlkreis aufgebaut und wir setzten uns neben ein paar Studentinnen in unserem Alter, die uns sympathisch waren.

Günther*, ein Mann mit Lernschwierigkeiten lenkte schnell die Aufmerksamkeit auf sich. Er stellte sich vor und erzählte: „Ich bin ein Mensch mit Lernschwierigkeiten! Wir fordern, dass wir so, und nicht geistig behindert, genannt werden.“ Er erklärte, der Vorteil dieses Begriffes liege darin, dass der Fokus weniger auf das Defizit gerichtet wird. Vielmehr wird der Unterstützungsbedarf hervorgehoben. Günther redete laut, viel und machte gleich zu Beginn viele Witze, was wir sehr beeindruckend und auflockernd fanden. Denn um ehrlich zu sein, waren wir mit der Situation ziemlich überfordert. Wir hätten nicht damit gerechnet, dass wir an der Universität mit Menschen mit Lernschwierigkeiten in Kontakt treten würden.

Die Lehrenden waren im Gegensatz zu anderen Proseminarleitenden am Institut für Bildungswissenschaften

ziemlich jung. Sie fragten uns am Beginn, ob Duzen für uns in Ordnung sei. Diese Art des Umgangs miteinander war für uns im universitären Kontext neu und ungewohnt. In anderen Lehrveranstaltungen wurde das „Sie“ unhinterfragt übernommen und es wurde kein Versuch gestartet, die ohnehin bestehenden Hierarchien zu minimieren.

Wir fragten uns, wie wir uns gegenüber Menschen mit Lernschwierigkeiten verhalten und wie wir mit ihnen kommunizieren sollten. Zwar erwähnten die Lehrveranstaltungsleitenden das Konzept der Leichten Sprache, doch wussten wir nicht, wie wir uns in Leichter Sprache ausdrücken sollten. Wie mit Kindern zu reden kann damit ja nicht gemeint sein, oder? Den anderen Studierenden ging es wohl ähnlich, denn sie blieben im Gegensatz zu den Lehrveranstaltungsleitenden und den Menschen mit Lernschwierigkeiten still.

Uns fiel der ungezwungene Kontakt mit Menschen, die in eine bestimmte Kategorie eingeordnet werden, schwer. Man sollte sich ja am besten so vorurteilsfrei wie möglich benehmen. Aber wie macht man das? Gelesen hatten wir viel über diese Personengruppe, aber wie man sich in der Praxis inklusiv verhält, war uns unklar. Die Erkenntnis, dass wir die gelernte Theorie gar nicht in die Praxis umsetzen können, frustrierte. Und noch viel schlimmer, wir sahen Menschen mit Lernschwierigkeiten als uns fremde Personengruppe an. Trotz der Unsicherheit während der Lehrveranstaltung, gingen wir hoch motiviert nachhause. Endlich redeten wir nicht mehr über

Menschen mit Lernschwierigkeiten, sondern mit ihnen.

INKLUSION DENKEN. Diese Lehrveranstaltung war an dem Konzept der Inklusion orientiert. Inklusion bedeutet, dass sich das System den Personen anpasst und nicht wie bei der Integration die Personen dem System. Beim Ansatz der Inklusion werden die vielfältigen Fähigkeiten der Menschen wertgeschätzt und es wird versucht, diese nach individuellen Bedürfnissen zu fördern.

Der Bildungswissenschaftler Gottfried Biewer meint: „Behinderung ist nur ein Aspekt der Heterogenität der Schüler/innen neben geschlechtlicher, ethnischer, kultureller, religiöser und sozialer Verschiedenheit.“ Inklusion umfasst demnach nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten, sondern alle Personen, die durch die Gesellschaft behindert, also an Teilhabe gehindert werden. Durch Inklusion soll eine gleichberechtigte Partizipation an der Gesellschaft, ein vermehrtes Ausschöpfen der individuellen Potentiale, die Akzeptanz und Anerkennung von Menschen mit Beeinträchtigungen ermöglicht werden.

INKLUSION LEBEN. In der Lehrveranstaltung wurde Inklusion nicht nur thematisch, sondern auch praktisch bearbeitet. Die demokratischere Sitzordnung des Sesselkreises ist hierfür ein Beispiel. In Kleingruppenarbeiten achteten die Lehrveranstaltungsleitenden darauf, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten und Studierende immer gemeinsam an einem Tisch saßen.

Auch die Verwendung von leichter Sprache, die allen anwesenden Personen die Teilhabe ermöglicht, ist Teil der Inklusion. Ergebnisse der Kleingruppen wurden der gesamten Gruppe vorgestellt und diskutiert. Hierbei wurden auch Themen aufgeworfen, die nicht vorgesehen waren. Damit Unklarheiten oder Redebedarf schnell für alle TeilnehmerInnen sichtbar und leicht artikulierbar waren, verwendeten wir sogenannte Ampelkarten. Für uns wurde ersichtlich, dass wir alle voneinander lernen und uns gegenseitig mit unserem Wissen bereichern konnten.

Um auch Texte, die nicht in leichter Sprache geschrieben sind, für alle Teilnehmenden verständlich zu machen, mussten die Studierenden ein Referat in leichter Sprache halten. In diesen Vorträgen übersetzten wir einzelne Kapitel. Die vorgestellten Textedienten allesamt dazu, die Hauptfrage der Lehrveranstaltung – Was ist gute Unterstützung? – zu beantworten. Als inhaltliche Grundlage wurde uns das Buch „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paolo Freire vorgegeben. Auch die Menschen mit Lernschwierigkeiten hielten Vorträge zu persönlichen Lebensgeschichten, der Behindertenrechtskonvention und dem Down-Syndrom.

EXKLUSIVITÄT DER UNIVERSITÄT. Trotz des erfolgreichen gemeinsamen Lernens, gibt es auch Kritikpunkte. Uns wurde es im Gegensatz zu vielen anderen Menschen ermöglicht zu studieren. Diese Option steht Menschen mit Lernschwierigkeiten nur in Ausnahmefällen zu. Dies bedingen Umstände,

wie die Konstruktion der Universität als Platz der „gesellschaftlichen Elite“. Demnach haben unter anderem Menschen mit Lernschwierigkeiten keinen Platz in diesem „Elfenbeinturm“. Die Teilhabe an unserem Seminar war somit eine Ausnahme und an keinerlei Bedingungen oder Aufgaben, die die Menschen mit Lernschwierigkeiten zu erfüllen hatten, geknüpft. Hier besteht eine Ungleichbehandlung, was die Bewertung und auch die damit einhergehende Weiterbildung angeht. Denn Studierende erhalten Noten und können dann an weiteren Seminaren zu anderen Themengebieten teilnehmen sowie einen Titel erlangen. Die Arbeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten wurde jedoch ausschließlich informell wertgeschätzt.

Obwohl Menschen mit Lernschwierigkeiten sicherlich auch andere Themen außerhalb des Behindertenbereichs interessieren würden, findet auf der Universität Wien inklusiver Unterricht nur auf diesem Gebiet statt. Elisabeth, eine Frau mit Lernschwierigkeiten, hat während der Lehrveranstaltung einmal gesagt: „Für mich ist es ein Geschenk, dass ich auf die Universität gehen kann. Ich wollte schon immer studieren. Jetzt bekomme ich endlich die Möglichkeit dazu. Ein Traum von mir ist es, Russisch und Englisch zu studieren“.

Die teilnehmenden Menschen mit Lernschwierigkeiten waren sehr geübt darin zuzuhören, Vorträge zu halten, ihre Meinung zu äußern und mitzureden. Dies lag daran, dass alle Selbstvertretende sind, sich

dadurch tagtäglich mit ihren Rechten und deren Umsetzung auseinandersetzen. Dies beinhaltet, dass sie ihre eigene Situation reflektieren und Forderungen stellen. Doch bemerkten wir in unserem Praktikum in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung, dass es für manche Menschen mit Lernschwierigkeiten schwierig sein könnte, an der Lehrveranstaltung teilzunehmen. Hier wäre eine Unterstützung in unterschiedlichem Ausmaß Voraussetzung für die Beteiligung.

Es kann festgehalten werden, dass jeder und jede Vorurteile hat und wir diese nur aufheben können, indem wir miteinander in Kontakt und in einen gemeinsamen Dialog treten und uns bewusst werden, dass jede Person von jeder Person etwas lernen kann. Unsere Traumvorstellung ist daher, dass schon im Kindesalter keine Trennung von Personengruppen stattfinden würde. Es sollte Inklusion statt Exklusion gelebt werden, damit Vorurteile verhindert werden und diese nicht später im Erwachsenenalter abgebaut werden müssen – so wie wir es nun gemacht haben.

Ruth Maiwöger studiert Bildungswissenschaften an der Universität Wien.

Pauline Luzie Bublitz studiert Bildungswissenschaften an der Universität Wien und Psychologie an der Fernuniversität Hagen.



Gemeinsam schaffen wir das!

Foto: IKM

Im Projekt „Interkulturelles Mentoring für Schulen“ werden SchülerInnen mit Migrationserfahrung von MentorInnen begleitet, die als Vorbilder und AnsprechpartnerInnen fungieren sollen.

GESCHICHTE UND AUFGABE.

Im März 2010 wurde das Projekt mit Unterstützung des AbsolventInnen-Vereins des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien ins Leben gerufen. Gefördert wird es vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, von der Initiative Vielfalter und vom Büro für Diversität St. Pölten. Ausgangspunkt ist neben der Wissensvermittlung die positive Identitätsentwicklung, sowohl für die sogenannten Mentees – SchülerInnen mit Migrations- und Fluchterfahrung an Volks- und Mittelschulen – wie auch für ihre MentorInnen. Gerade in einer rassistischen Gesellschaft ist es wichtig, besonders Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Hilfe zu bieten. „Beim interkulturellen Mentoring geht es um die Unterstützung, Begleitung und um Migrationserfahrung“, erklärt die Kultur- und Sozialanthropologin und Projektleiterin Susanne Binder. Mit diesem Projekt soll eine gewisse Willkommenskultur und Unterstützung für jene geboten werden, die bisher nur wenig Anerkennung und Integration in ihrem Leben erfahren haben.

ZIELSETZUNG DES PROJEKTS.

Ziel dieses Projekts ist es, SchülerInnen mit Migrationshintergrund bei ihrer persönlichen und schulischen Entwicklung zu unterstützen. Die MentorInnen sind StudentInnen mit Migrationserfahrung oder bikulturellem Hintergrund. Aufgrund ihrer eigenen

Erlebnisse und Erfahrungen sind sie in der Lage, sich in die Position der SchülerInnen einzufühlen und können somit Verständnis wie auch Wissen zur Verfügung stellen. Die MentorInnen haben eine Vorbildfunktion, da sie die Schule in Österreich positiv abgeschlossen und ein Studium an einer Universität begonnen haben.

Die Arbeit als MentorIn ist sehr vielschichtig und bedarf der intensiven Kooperation von LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern und Ko-MentorInnen. In regelmäßigen Abständen treffen sich die MentorInnen zu Reflexionstreffen, bei denen sie ihre Probleme, Emotionen und die Tätigkeiten in den Schulen reflektieren. Die MentorIn soll mindestens einmal in der Woche in der betreuten Klasse anwesend sein und falls erwünscht an Schulveranstaltungen teilnehmen. Weitere Aufgaben sind unter anderem, das Projekt in der Schule vorzustellen, Elternabende mitzugestalten und LehrerInnen zu unterstützen. Die MentorInnen vermitteln zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Gerade in der Zusammenarbeit mit den Eltern können sie als Kontaktpersonen beispielsweise Gespräche übersetzen.

MENTORING. Für die SchülerInnen mit Migrationshintergrund können die MentorInnen als Identifikationspersonen fungieren. Sie leben Rollenbilder vor und vermitteln, dass die Schul- und Ausbildung eine wichtige Komponente im Leben einnimmt. Weiters soll gezeigt werden, dass eine vermeint-

lich fremde Kultur und sprachliche Schwierigkeiten keine Barrieren für eine erfolgreiche Zukunft darstellen müssen. Sowohl SchülerInnen als auch MentorInnen können durch ihre jeweiligen Erlebnisse in vielerlei Hinsicht profitieren.

Für LehrerInnen fungieren die MentorInnen als AnsprechpartnerInnen. Sie können Informationen zu interkulturellem Lernen bieten und aus eigener Erfahrung über ihre Schulzeit berichten. Da MentorInnen in einer außenstehenden Position sind, können sie leichter Strukturen und Problemfelder erörtern, die aufgrund der tagtäglichen Routine vielleicht von LehrerInnen nicht mehr so einfach wahrgenommen werden. Auch der Mentor Ralph hat die gleichen Erlebnisse wie viele andere MentorInnen mit ihren LehrerInnen: „Die Lehrerin fragte mich ab und zu um Rat und bat mich, SchülerInnen bezüglich der Weiterbildung einzuschätzen. (...) Sie nahm mich sehr ernst und betonte jedes Mal, dass ich eine große Hilfe für sie sei.“

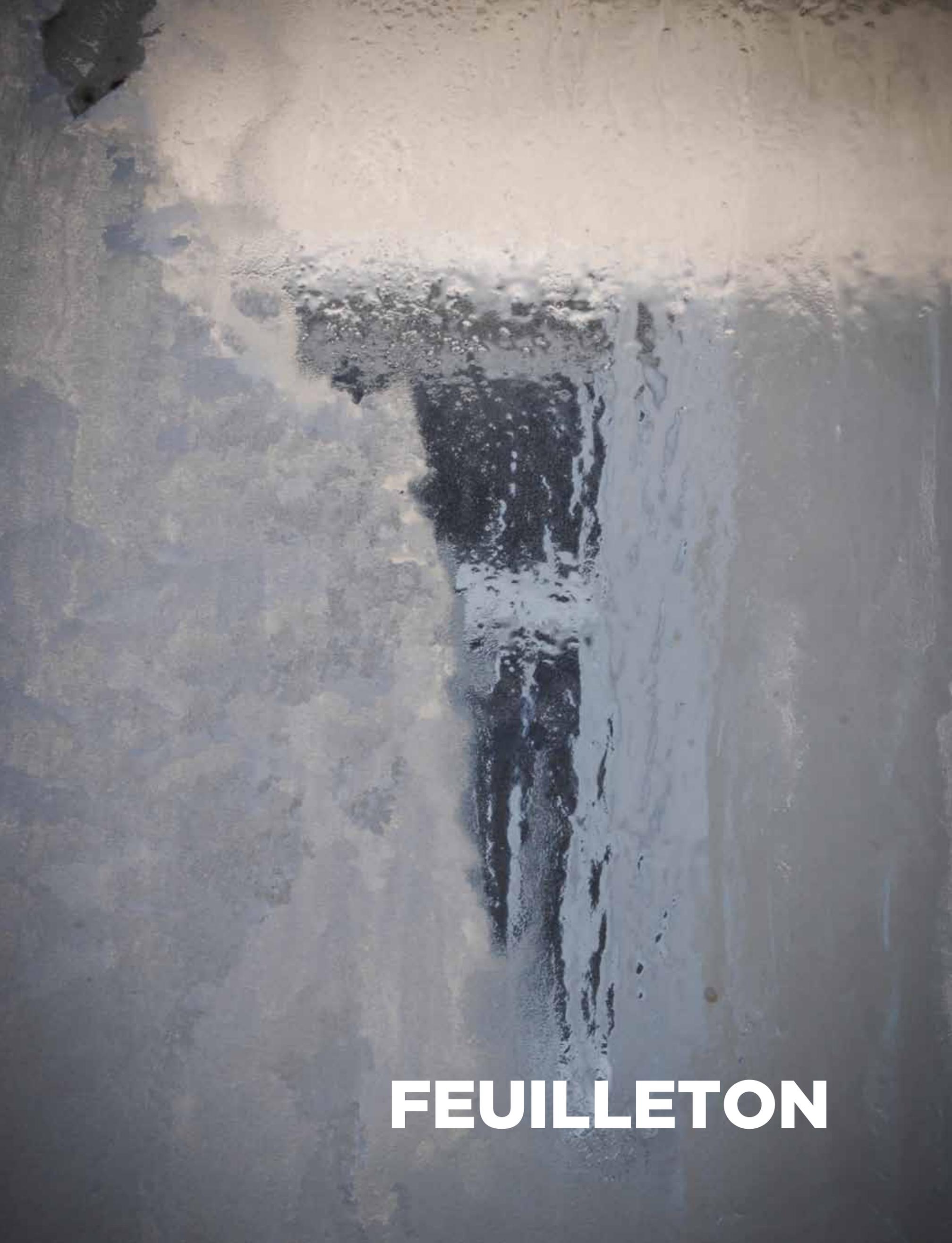
MentorInnen stellen für Eltern eine Kontaktperson dar. Wenn es Unklarheiten oder Probleme in Zusammenhang mit der Schule gibt, vermitteln die StudentInnen. Viele Eltern sind froh, dass dieses Projekt existiert, meint der Mentor Mohammed: „Gleich zu Beginn hatte ich die Gelegenheit, an einem Elternsprechtag teilzunehmen. Die meisten Eltern konnten nicht sehr gut Deutsch. Für die türkischen Eltern

habe ich übersetzt und ihnen erklärt, was die Lehrerin über ihre Kinder sagte. Viele Eltern haben sich bei mir bedankt und waren froh, dass ich an diesem Tag dort war.“

POSITIVE RESONANZ. Wie Erfahrungsberichte zeigen, wirkt sich die intensive Arbeit der MentorInnen in den verschiedenen Schulen in Wien und St. Pölten positiv aus. Einige Ergebnisse, die in diesem Zusammenhang nennenswert sind: Der Zusammenhalt wie auch die Kommunikation haben sich in den teilnehmenden Schulen und Klassen verbessert. Die Fähigkeiten und Leistungen der geförderten SchülerInnen sind gestiegen, wodurch sich auch ihre Position im Klassenverband verändert hat. Aussagen von SchülerInnen zeugen vom dem Erfolg des Projekts: „Ein Schüler serbischer Herkunft, der sich zwar sehr schwer tut in der Schule, aber auch sehr bemüht ist, bedankt sich immer wieder bei mir. Er kam und umarmte mich: „Danke, dass du mir geholfen hast“, so die Mentorin Olga.

Mithilfe von Projekten wie dem Interkulturellen Mentoring für Schulen kann es für MigrantInnen leichter werden, sich in ihrer neuen Umgebung wohl zu fühlen. Sie sollen die Möglichkeit haben, eine gute Schul- und Ausbildung zu genießen, um aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Ralph Chan studiert Soziologie und Geographie an der Universität Wien.



FEUILLETON

Ein Schwarzer Stormtrooper

Der neue *Star Wars* Film sorgt schon vor seinem Erscheinen für Furore. Eine Frau und ein Schwarzer Stormtrooper spielen zentrale Rollen.

Seit gut einem Jahr gibt es immer wieder Enthüllungen über den neuen *Star Wars*-Film, der – wie seine Vorgänger – wieder Teil einer Trilogie werden soll. Vor dem Filmstart wusste man erstaunlich wenig über Storyline und Charaktere. Die ersten Informationsquellen waren die Trailer, die seit einem Jahr erscheinen. Die paar Minuten Material reichten jedoch völlig, um Fans in Rage zu versetzen und das allein aus einem Grund: Ein Stormtrooper ist Schwarz*!

Stormtrooper sind Klone von Jango Fett, der weiß war. Nun fragt mancher Fan: Wenn alle Stormtrooper identische Klone sind, wie kann dann bitte ein Schwarzer Schauspieler in der Stormtrooper-Uniform stecken? Abgesehen davon, dass er die Uniform auch einfach nur angezogen haben könnte, um sich zu verstecken, wie es Luke und Han in *A New Hope* getan haben, zeigt die Entrüstung darüber, dass ein Stormtrooper Schwarz ist, den unverhohlenen Rassismus unter solchen Fans auf.

Auch wenn manche *Star Wars*-Fans da anderer Meinung sind, ist *Star Wars* kein abgeschlossenes Universum mit festgeschriebener Geschichte. Es verändert sich mit jedem Film, mit jedem Comic, mit jedem neuen Buch. Es wächst, und wie jede andere trägt auch diese Welt Widersprüche in sich. Kein Widerspruch ist, dass ein Stormtrooper Schwarz ist: Im expanded universe (also den Büchern, Comics, Serien etc.) wird erklärt, dass Stormtrooper keine Klone mehr sind, sondern menschliche und nicht-menschliche Freiwillige.

In *A New Hope* sind die Stormtrooper alle unterschiedlich groß und haben verschiedene Stimmen. Den erzürnten Fans geht es also nicht um eine strikte Auslegung des „wahren Inhalts“ von *Star Wars*. Es geht nicht darum, dass ein Stormtrooper Schwarz ist, sondern darum, dass einer der Hauptdarsteller Schwarz ist.

ALS HOLLYWOOD NOCH IN ORDNUNG WAR.

Während Frauen, Homosexuelle und die BürgerInnenrechtsbewegung schon in den 1960ern gegen die rassistische, sexistische und homophobe Wirklichkeit kämpften, trugen Regisseure wie George Lucas in den 1970er Jahren viel zur Restauration eines weißen und patriarchalen Hollywood-Mainstreamkinos bei. Die Helden waren wieder kernige weiße Typen, die Frauen hübsches Beiwerk und wenn es schwarze Figuren gab, waren sie Sidekicks.

In der originalen *Star Wars*-Trilogie (*A New Hope*, *The Empire Strikes Back* und *Return of the Jedi*) gibt es genau sechs Schwarze Figuren – im ersten Teil kommt keine davon vor. Nur eine Schwarze Person – Lando Calrissian – hat einen Namen und tritt in mehr als einer Szene auf. Auch in der Prequel-Trilogie – *A Phantom Menace*, *Attack of the Clones* und *Revenge of the Sith* – gibt es keine Schwarzen HauptdarstellerInnen, wenn auch mehr Schwarze Nebendarsteller – etwa den Jedi Meister Mace Windu. Dafür führte George Lucas die rassistisch gezeichnete Figur Jar Jar Binks neu ein. Dessen Akzent erinnert nicht nur an einen jamaikanischen – er wird zudem als leichtgläubig und dumm dargestellt, macht alles kaputt und muss ständig von jemandem zurechtgewiesen oder gerettet werden. In vielerlei Hinsicht entspricht er dem Stereotyp des unschuldig-naiven Schwarzen Sklaven, wie es etwa in Filmen der 1930er Jahre häufig anzutreffen war.

Neben der rassistischen Karikatur Jar Jar Binks gibt es auch die antisemitische: Der Schrotthändler Watto spricht mit jiddischem Akzent, hat eine riesige Hakennase, trägt einen breitkrempigen Hut, lügt und betrügt sich durchs Leben und Jedi Mind Tricks funktionieren bei ihm nicht. Er sagt tatsächlich: „Mind tricks don't work on me... only money.“

Der Grund dafür, dass so viele (männliche) weiße *Star Wars*-Fans angesichts eines Schwarzen

Stormtroopers ausrasten, ist, dass *Star Wars* viele Menschen an ihre Kindheit – den Zeitpunkt als sie zum ersten Mal mit dem Franchise in Berührung kamen – erinnert. Diese Kindheit imaginieren sie als eine bessere Welt, in der die Aufgaben klar verteilt waren. Die männliche Hauptfigur war gut und stark und der präpubertäre Zuschauer identifizierte sich mit ihr. Er wollte mit Han Solo durch die Galaxie fliegen und fand Prinzessin Leia in ihrem SklavInnenkostüm heiß. Und plötzlich gibt es diese neuen Filme, die so partout nicht mehr in die alte Vorstellung vieler *Star Wars*-Fans passen wollen. Nicht nur ist ein Stormtrooper schwarz, noch dazu spielt eine Frau eine Hauptrolle und ist sogar auf den Filmpostern am größten abgebildet – mit Waffe! Das passt in die Verschwörungstheorie, dass Hollywood den sinistren Plan verfolge, uns mit in Action verpackter feministischer Propaganda zu infizieren, männliche Ikonen zu demontieren, zu verweiblichen oder gleich durch weibliche Schauspielerinnen zu ersetzen.

Das Genre Science Fiction/Action wird in dieser Logik als männlicher Bereich der Filmwelt gelesen. Weiße Männer würden diese Filme hauptsächlich konsumieren, also wäre es nur folgerichtig, dass alle zentralen Rollen mit weißen Männern besetzt werden, so wie es in der Original-Trilogie der Fall war. Eine der größten Maskulinistenseiten im englischsprachigen Raum, „Return of Kings“, fragt sich über die *Star Wars*-Filme: „Did The New *Star Wars* Casting Have A Racial Agenda?“ und kommt zu dem Schluss: „With easily 95% of the *Star Wars* fan base being white male, it's hard to believe it was done to market to it's core demographic.“ Weibliche und nicht-weiße Fans werden wie so oft unsichtbar gemacht. Dabei waren und sind die verschiedensten Menschen SciFi-Nerds. Aber Bewegungen wie GamerGate wollen dieses Feld als weiß und männlich markieren, was ihnen auch oft gelingt. Unsere



Grafik: Tobias Stadler

Vorstellung eines typischen Nerds ist weiß und männlich, alles andere passt nicht ins Bild.

Dabei gab es schon seit den Anfängen von SciFi-Actionfilmen Heldinnen, die auch zu feministischen Ikonen wurden: Ellen Ripley tötete das Alien im Alleingang, wenige Jahre später war es Sarah Connor, die erst gegen und dann mit dem Terminator um das Schicksal der Menschheit kämpfte. *Star Wars* hat sich hier allerdings nicht besonders hervorgetan. In der Original Trilogie schafft keiner der drei Filme den Bechdel Test – ein Indikator für die Präsenz und Wichtigkeit von Frauen in Filmen; dessen drei Regeln sind: 1. Es müssen mindestens zwei Frauen mit Namen im Film mitspielen, 2., sie müssen miteinander reden, und zwar 3. über etwas anderes als Männer. Außer Leia kommt keine Frau in mehr als einem Film vor und es gibt im ganzen *Star Wars*-Universum außer ihr nur noch eine Frau mit Namen: Lukes Adoptivmutter Tante Beru. Leia ist tough und wartet nicht darauf, von Männern gerettet zu werden. Sie schießt, gibt dem Macho Han Solo Kontra und ist hart im Nehmen. Trotzdem musste sie im letzten Film im Sklavinnenkostüm der Traum aller männlichen SciFi-Nerds werden und schließlich doch in den Armen Han Solos landen.

DIE JÜDISCHE VERSCHWÖRUNG. Dass es im neuen Film mit Rey eine weibliche Hauptfigur gibt, dass sie zentral auf dem Filmposter ist, dass sie eine Waffe in der Hand hat und ebendort nicht komplett sexualisiert oder als hübsches Beiwerk dargestellt wird, war gepaart mit einer Schwarzen Hauptfigur für einige Fans Grund genug, von einem „weißen Genozid“ zu sprechen. Gemischt mit einer Prise Antisemitismus kamen dann solche Tweets zustande: „A friend in LA said #StarWarsVII is basically ‚Deray in Space‘. Jewish activist JJ Abrams is an anti-white nut. #BoycottStarWarsVII.“

Wer JJ Abrahms Werk kennt, weiß, dass Feminismus und Diversität nicht gerade zu seinen Hauptanliegen zählen. Die neuen *Star-Trek*-Filme, bei denen er als Regisseur und Produzent fungierte, waren von Sexismus durchzogen und fallen in ihrer Regressivität noch hinter die Serie aus den 1960ern zurück. Insofern wäre auch von den neuen *Star Wars*-Filmen nicht allzu viel Progressives zu erwarten gewesen. Was sie jedoch zeigen ist, dass sich 2015 andere Gesellschaftsgruppen als weiße Männer langsam ihren Platz erkämpfen. Hollywood erkennt, dass Diversität ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist. Denn wer mehr KonsumentInnengruppen anspricht, ist tendenziell erfolgreicher an den Kinokassen.

DIE ANGST VOR DEM MACHTVERLUST. Es bleibt die Frage, warum es so einen starken Backlash gibt gegen Filme, die sich einfach nur um mehr Diversität bemühen. Die Filme sind nicht, wie von Maskulinisten behauptet, sonderlich feministisch oder wollen irgendeine heimliche Indoktrination vornehmen. Allein der Gedanke daran zeigt, wie absurd und zugleich verschwörungsideologisch derlei Statements sind. Das Gesagte passt in altbekannte Verschwörungstheorien, wonach Hollywood von Juden regiert werde, die den Weißen systematisch ihren angestammten Platz an der Sonne nehmen wollen, sie verweiblichen und Frauen zum Feminismus bekehren wollen, damit die heile weiße christliche Familie kaputtgeht. Die wahren Männer dürfen demnach nur mehr schwarze Männer sein. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus vermischen sich zu einem Weltbild, in dem weiße heterosexuelle Männer und ihre Privilegien ständiger Bedrohung ausgesetzt sind. Dieser „Bedrohung“ zum Trotz ist auch die Mehrheit des aktuellen *Star Wars*-Casts weiß und/oder männlich.

* Bei „Schwarz“ und „weiß“ geht es nicht um Farbe, sondern die Begriffe verweisen auf rassistische

Konstruktionen und rassifizierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Bezeichnet werden also keine ‚biologischen‘ Eigenschaften, sondern gesellschaftliche Positionen.

Anne Marie Faisst ist Buchhändlerin und studiert nebenbei Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Maskulinisten

Maskulinisten (Eigenbezeichnung Maskulisten) beziehen sich affirmativ auf den Maskulinismus als Gegenstück zum Feminismus. Anders als im Feminismus wird aber nicht die Gleichstellung aller Geschlechter verfolgt, sondern die männliche Dominanz über Frauen in allen Lebensbereichen. Maskulinisten inszenieren sich als Opfer einer von Frauen dominierten Welt.

Hard Facts: „The Force Awakens“

Knapp 40 Jahre nachdem die Rebellen den zweiten Todesstern zerstört haben und Darth Vader und der Imperator tot sind, existiert das Imperium unter dem Namen „Erste Ordnung“ weiter. Rey, eine Schrottsammlerin auf einem Wüstenplaneten, interessiert das alles eher wenig, bis sie eines Tages die Bekanntschaft von Finn macht, einem desertierten Stormtrooper. Dieser hat Luke Skywalkers Lichtschwert in der Wüste gefunden und will es seinem Besitzer zurückgeben. Sie machen die Bekanntschaft von Poe, einem Piloten des Widerstands, und treffen alte Bekannte wie Leia und Han Solo. Gejagt werden sie von der Stormtrooper-Anführerin Phasma und von dem geheimnisvollen Kylo Ren, der mit seinem roten Lichtschwert Sith Vibes versprüht.

„Alternative gab es keine“

Der syrische Fußballtrainer Osama Abdul Mohsen floh mit seinem Sohn Zaid nach Europa. In Ungarn gelangte er durch den Tritt einer Kamerafrau ins mediale Rampenlicht. In Spanien, wo er eine neue Heimat gefunden hat, trüben Gerüchte um seine angebliche islamistische Vergangenheit den Neubeginn, wie er Jan Marot sagt.

progress: Wie geht es Ihnen nach den ersten Monaten nach der Flucht aus Syrien über die Türkei und die Balkanroute?

Osama Abdul Mohsen: Es geht mir wieder gut. Ich bin sehr, sehr froh, hier in Spanien zu sein. Die Kleinstadt Getafe ist eine ruhige Stadt mit freundlichen Menschen. Ich lebe hier in einer sehr hilfsbereiten, fremdenfreundlichen Nachbarschaft. Man hat uns mit offenen Armen empfangen. Ich bin hier sehr glücklich mit meinen beiden Söhnen. Man grüßt uns auf den Straßen, lächelt uns zu. Und man ist um unser Wohl besorgt, aber auch sehr interessiert an unserem Leben in Syrien und unseren Erfahrungen auf der Flucht.

Wie geht es Ihren Kindern in Spanien, dem jungen Zaid und dem volljährigen Mohammed?

Auch ihnen geht es wieder sehr gut. Sie haben längst mit der Schule begonnen und auch FreundInnen gefunden. Wenngleich vor allem Zaid, dem Sie-

benjährigen, seine Mutter sehr fehlt. Ich habe just nach meiner Ankunft hier einen Intensivsprachkurs begonnen und übe auch täglich mit meinen Kindern. Spanisch ist enorm wichtig. Nicht nur für das Leben hier und unsere Integration, sondern auch für meine Arbeit als Fußballtrainer.

Welches ist Ihr Lieblingsfußballteam in Spanien?

Real Madrid, wie könnte es anders sein (lacht). Bereits in Syrien war ich Fan. Und mein Sohn Zaid auch. Es war eine wunderbare Erfahrung, nach unserer Ankunft, das Team und Cristiano Ronaldo zu treffen und ein paar Pässe mit ihnen zu spielen. Damit ging für Zaid ein Traum in Erfüllung. Und er fasste auch neuen Mut, nach all der Mühsal und den schweren Monaten der Flucht.

Was waren die schwersten Stationen auf Ihrer Flucht?

Viele Stationen waren schwer, sei es in Griechenland, etwa auf der Insel Kos,

direkt nach der Überfahrt. Aber auch in Mazedonien oder Serbien. Man erlebt Phasen permanenter Angst, teils Todesängste, und die quälende Ungewissheit nagt an einem. Was einen vorantreibt ist die Hoffnung, die ja bekanntlich zuletzt stirbt – die Hoffnung auf ein besseres Leben, in erster Linie für meine Kinder. Es war sehr, sehr hart. Doch ich muss sagen, Ungarn war mit Abstand der allerschlimmste Teil der Flucht. Ein permanenter Alptraum. Ein Land, das jegliche Menschlichkeit verloren zu haben schien. Aber das ist zum Glück jetzt alles überstanden. Hier in Spanien will ich bleiben. Hier bin ich nach langer Zeit wieder zufrieden und vor allem auch ruhiger geworden.

Wie haben Sie Österreich in Erinnerung?

In Österreich hat man uns sehr, sehr freundlich empfangen. Die PolizistInnen waren ausgesprochen hilfsbereit, die Soldaten des Bundesheeres auch. Viele Menschen waren offen und herz-

lich. Sie fragten, was uns fehlt, und gaben uns, was wir brauchten. Essen, Kleidung und auch Geld hat man uns gegeben. Mein jüngerer Sohn Zaid war ja zuvor in Ungarn bereits erkrankt. Er hatte sich stark verkühlt und fieberte. Dort hat man ihn nicht behandelt. Keine Chance. In allen Krankenhäusern hat man uns abgewiesen. In Österreich war ich mit ihm in drei Spitälern und überall hat man uns sofort geholfen. Und Zaid ist rasch gesund geworden, zum Glück. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den ÄrztInnen und allen Menschen, die uns in Österreich geholfen haben, von Herzen bedanken.

Gab es auch so etwas wie „gute Tage“ auf der Flucht?

Natürlich ist nicht jede Minute hoffnungslos. Solidarität zeigte man uns vielerorts. Und Flüchtlinge untereinander teilen und helfen, wie sie nur können. Auch in Griechenland, auf Kos, in Mazedonien und Serbien war man oft sehr nett und hilfsbereit. Die Menschen, die dort leben, tun,

was sie können. Sie leben Menschlichkeit. Anders als in Ungarn. Aber die Lebensstandards sind nun einmal ganz andere als in Österreich und Deutschland. Dementsprechend half man uns dort weit mehr als in den Balkanstaaten oder dem von der Krise geprägten Griechenland. Vor allem seitens Privatpersonen, aber auch seitens der Sicherheitskräfte und des Roten Kreuzes. Weil die Menschen mehr haben. Doch auch diejenigen, die wenig haben, teilten oftmals das Wenige mit uns. Und wir waren viele Flüchtlinge, hunderte, oft tausende, die sich von Station zu Station bewegten.

Haben Sie noch Kontakt zu FreundInnen in ihrer Heimatstadt Deir ez-Zor?

Leider kaum. Das ist fast unmöglich. Maximal einmal im Monat schaffe ich es, mich mit meinen zwei Brüdern in Syrien auszutauschen. Die Wartezeit dazwischen ist geprägt von Ungewissheit und Angst. Denn man weiß nie, ob es das letzte Mal war, mit ihnen gesprochen zu haben. Aber zum Glück ist meine Frau in Sicherheit. Sie lebt noch in der Türkei. Ich versuche alles Menschenmögliche, damit sie auch zu mir nach Spanien kommen kann. Ich hoffe, das dauert nicht mehr lange. Ende November werde ich sie endlich besuchen können. Mit Zaid, meinem kleinen Sohn. Die Türkei-Visa und unsere Pässe haben wir nun bekommen, am 23. 11. fliegen wir. Ich habe meine Frau fast ein halbes Jahr nicht mehr in den Armen gehalten. Zaid vermisst seine Mutter sehr.

Haben Sie auch in den Flüchtlingslagern in der Türkei an der syrischen Grenze gelebt?

Nein, das wollten wir von Anfang an vermeiden. Die Zustände in den Lagern sind sehr schlecht. Also haben wir, einmal in der Türkei angekommen, für mich, meine Frau und meine Kinder ein kleines Haus gemietet. Das war sehr, sehr teuer. Und ich musste

für zehn Euro Lohn am Tag schuften, damit wir Nahrung und ein Dach über dem Kopf hatten. Nach zwei Jahren hatten wir es satt, unter derartigen Bedingungen ein Überleben zu fristen. Meine Familie beschloss, dass ich mich auf den Weg nach Europa machen soll, mit meinem jüngsten Sohn. Das war keine leichte Entscheidung. Aber Alternative gab es keine.

Hat sich die Kamerafrau, die Sie attackiert hatte, bei Ihnen persönlich entschuldigt?

Das ist eine sehr bösertige Person. Sie hat nicht nur mich getreten, als ich meinen Sohn tragend vor der Polizei davonlief. Auch ein junges Mädchen hat sie getreten. Das sind Taten, die unentschuldigbar sind. In Ungarn gehen aber viele Menschen davon aus, dass wir Flüchtlinge die Bösen sind und man ihnen sehr deutlich zeigen müsse, dass sie hier eben nicht willkommen sind. Unmenschlich ist das. Ich bin aber in Kontakt mit AnwältInnen und werde sie anzeigen, auf dass sie hoffentlich ins Gefängnis kommt.

Was sind Ihre Pläne für die nahe Zukunft in Spanien?

Ich bin noch bei der Trainerschule in Getafe. Ganz gleich bei welchem Team man mich braucht, ich werde dort arbeiten. Wie es nun aussieht, wird es ein Jugendteam werden, Villaverde Boetticher in Madrid, wo ich neben meiner Trainertätigkeit auch für die kommerziellen Beziehungen zu arabischen Staaten gebraucht werde. Das sei einmal für ein Jahr, wie man mir sagte. Dann werden wir weitersehen. Solange ich nicht nach Syrien zurückkehren kann, wird Spanien meine Wahlheimat bleiben.

Wie stehen Sie zu den internationalen Militärinterventionen?

Viele Nachrichten, die aus Syrien gemeldet werden, sind Lügen. Das Assad-Regime verbreitet selbst sehr viele Lügen. Ja, Assad hat Russland

um Hilfe gebeten. Aber gegen wen? Und für welchen Zweck? Selbstzweck natürlich, um seine Position abzusichern. Die Zivilbevölkerung interessiert ihn wenig. Das Leben im Bürgerkrieg ist schlichtweg katastrophal. Das war es schon vor fast drei Jahren, als ich aus Syrien 2012 in die Türkei geflohen bin. Folglich habe ich auch vom Islamischen Staat, der dort mit Splittergruppen aktiv ist, noch nichts mitbekommen. Und ich hatte auch keinen Kontakt zum IS, der nun in weiten Teilen meiner Heimat wüten soll.

Nähe zum IS ist etwas, das man Ihnen auch wegen des Posts eines schwarzen Banners mit dem Schriftzug „Es gibt keinen Gott außer Gott“ auf Ihrem Facebook-Profil vorgeworfen hat. Und auch wenn man Ihren Namen googelt, scheint „Terrorist“ auf.

Das sind Lügen und bösertige, haltlose Gerüchte. Ich habe an Anti-Assad-Protesten für einen demokratischen Wandel in Syrien teilgenommen. Und man weiß nur zu gut, wie mit KritikerInnen von Präsident Bashir al-Assad verfahren wird. Die Gerüchte wurzeln vor allem in den Kommentaren eines Regime-freundlichen Journalisten und in rechtsextremen Online-Foren. Ich verabscheue Gewalt und habe absolut gar nichts mit radikalislamistischen Gruppen wie al-Nusra im Bürgerkrieg zu tun, das versichere ich Ihnen. Das Facebook-Foto hat man falsch interpretiert, auch wenn ich es mittlerweile entfernt habe. Der Spruch ist allen MuslimInnen wichtig. Nicht nur den Radikalen, die ihn für ihre Zwecke missbrauchen. Und nebenbei: Derselbe Spruch zielt auch die saudiarabische Flagge.

Glauben Sie, je nach Syrien zurückkehren zu können?

So Gott will ja, irgendwann. Doch der Krieg hat alles zerstört. Es ist sehr gefährlich und auch auf lange Sicht sehe ich keinen Frieden für mein Land am

Horizont. Das Leben dort ist unmöglich geworden. Wenn der Krieg enden soll, „inshallah“, würde ich freilich gerne wieder als Trainer dort arbeiten. Aber derzeit kann ich meiner Familie von Spanien aus mehr helfen, als von vor Ort. Und auch meinem Land.

Was muss Ihrer Meinung nach geschehen?

Das Morden aller Seiten muss aufhören. Der IS mordet, Assad mordet. Die RebellInnen morden. Europa muss uns helfen. Den Flüchtlingen, aber auch vor Ort. Die Regierungen, auch die spanische sind gefordert. Und die Verantwortlichen wissen selbst zu gut, dass sie mehr für Syrien und die syrische Bevölkerung machen können.

Jan Marot studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien und Zürich und arbeitet als freischaffender Journalist in Granada, Spanien.

Zur Person

Der 51-jährige Osama Mohsen (*1964 in Deir ez-Sor, Ostsyrien) wurde durch die Attacke der ungarischen Kamerafrau Petra Lázsló auf seiner Flucht an der serbischen Grenze bei Röszke am 10. September weltbekannt. Vor dem Bürgerkrieg war er Fußballtrainer bei



al-Futowa SC Deir ez-Zor. Nun lebt er mit seinen Söhnen Zaid (7) und Mohammed (18) in Getafe bei Madrid – auf Einladung von Miguel Ángel Galán, dem Präsidenten der spanischen Trainerschule Genafe (span. *Centro Nacional de Formación de Entrenadores*).

25 Jahre „Die Piefke-Saga“

Als das mitunter schlechte Verhältnis der ÖsterreicherInnen zu den Deutschen universitätspolitisch noch bedeutungslos war und sich primär auf Almhütten und Skipisten ausgestaltete, produzierte der ORF das 4-teilige Fernsehspiel *Die Piefke-Saga* und löste damit einen handfesten Skandal aus.

Geht es um gesellschaftskritische TV-Formate mit Österreichbezug, wird *Die Piefke-Saga* häufig genannt. Doch bei näherem Hinsehen stellt sich die Frage, was hier eigentlich kritisiert wird und ob die propagierte Sehnsucht nach Authentizität abseits von Massentourismus und Industrie nicht weit schlimmer als die negativen Auswirkungen der beiden letzteren ist.

Richtet man etwa den Fokus darauf, wie der Nationalsozialismus in *Die Piefke-Saga* verhandelt wird, kann man sehr unmittelbar bei der deutschen Familie Sattmann fündig werden. Heinrich, der prototypische Nazi preußischen Schlages, geizt nicht mit Geschichten aus der NS-Zeit, wie etwa der, dass PartisanInnen ihm fast den Hals aufgeschnitten hätten, als er einst auf einem Bauernhof einquartiert war. Bis in die Gegenwart der Serie – also in die frühen 1990er Jahre – hat sich Heinrich seine militaristische Identität bewahrt. Er ernennt schon mal Leute zum „Kundschafter“ und ist stolzer Besitzer einer deutschen Schäferhündin, die auf Zuruf des Alten kräftig zubeißen kann.

OFFEN UND VERSCHLEIERT. Doch Heinrich ist eine Karikatur – der offensichtliche Nazi, hinter dem die postnationalsozialistische Gegenwart zum Verschwinden gebracht wird. Im dritten Teil nimmt der alte Bergbauer Andreas eine wichtige Rolle ein. Er wiederum ist der prototypische, ursprüngliche, sich gegen die Moderne stellende Tiroler. Selbst die Renovierung seines Hofes, in dem es weder Duschen noch Toiletten gibt, ist ihm ein Dorn im Auge. Als er aus



Foto: Cinja Langauer

dem Krankenhaus zur Kantner-Lena – einer Einsiedlerin – flieht, wird seine NS-Vergangenheit ein einziges Mal – und dazu noch reichlich verklau-suliert – thematisiert. „In den Krieg is er gangen – freiwillig!“ und hätte deshalb seine Liebschaft damals nicht geheiratet. Es wird sogar spezifiziert, dass es sich um den Zweiten Weltkrieg gehandelt hat – mehr aber auch nicht. Jetzt kommt er zu ihr zum Sterben (er stirbt aber nicht, sondern heiratet sie wenig später und ist in Teil 4 immer noch – mehr oder weniger – am Leben). Im Unterschied zu Heinrich soll das Publikum mit Andreas – dem alten Bergbauern, der vom raffgierigen Bürgermeister als Strohhalm für

einen Grundstückskauf missbraucht wird – sympathisieren. Darin schwingt jedoch auch Sympathie mit der praktizierten Verdrängung der österreichischen NS-Vergangenheit mit, die im konkreten Fall aus einem vormaligen Täter ein Opfer macht, das sich erst mit Hilfe der Medien erfolgreich gegen die Profitsucht der örtlichen Geld- und Machtelite zur Wehr setzen kann.

Auch kleinere Ungereimtheiten, was die Ausstattung der Serie betrifft, sind aufschlussreich. So hängt im Büro des Bürgermeisters im ersten Teil kein Portrait Kurt Waldheims, sondern eines Rudolf Kirchschrägers. Das obwohl *Die Piefke-Saga* 1990 gedreht wurde,

als schon lange nicht mehr Kirchschräger, sondern bereits seit mehreren Jahren Waldheim Bundespräsident war. Vielleicht hat man im Rathaus von Mayrhofen (der nächste Regiefehler im Bild: Die Fahne Mayrhofens ist deutlich zu erkennen, obwohl *Die Piefke-Saga* doch eigentlich im fiktiven Lahnenberg spielt) einfach aus politischer Sympathie den Austrofaschisten Kirchschräger hängen lassen und dieser „Ausstattungsfehler“ wurde vom Fernsehspiel aus der herrschenden Realpolitik übernommen. Dafür spricht, dass in den späteren Teilen schließlich doch ein Portrait Waldheims im Hintergrund zu sehen ist.

KEINE WASCHMASCHINE. Schon im ersten Teil sticht die Figur des heimat- und naturverbundenen Dorflehrers Hans Wechselberger ins Auge. Er tritt in den ersten drei Teilen als Antagonist seines Bruders, dem von Kurt Weinzierl gespielten Bürgermeister und Hotelier Franz Wechselberger, in Erscheinung und dürfte eine Art Identifikationsfigur für Drehbuchautor Felix Mitterer sein. Hans wird als heldenhafter, wenn auch punktuell skurriler Widerstandskämpfer gegen den deutschen Massentourismus und seine Tiroler ProfiteurInnen dargestellt. Die Heimat würden sie verraten, so der ständig mitschwingende Vorwurf an den Bürgermeister und seine HandlangerInnen.

Die primäre Funktion der von Veronika Faber gespielten Frau des Bürgermeisters ist es, dem TV-Publikum zu zeigen, was die Tourismusindustrie aus den Menschen macht, die in ihr arbeiten. Sie ist eine gebrochene

Frau und um das zu illustrieren, wird nicht nur ihr Alkoholismus inflationär in Szene gesetzt, sondern auch das Thema Abtreibung als zusätzlich dramatisierendes Element verwendet. Selbst die sexuelle Reproduktion ist den Zyklen des Massentourismus unterworfen und hat die Hotelbesitzerin nachhaltig beschädigt. Die Schwangerschaft der BergbäuerInnentochter Anna, die im Hotel in viel niedrigerer Position arbeitet und von Gunnar Sattmann ungewollt schwanger wurde, wird hingegen zum Ausgangspunkt für ihre Befreiung aus der Tourismusindustrie. Sie treibt nicht ab, sondern kündigt ihren Job. Freilich nicht als autonomes Subjekt, sondern wiederum mit männlicher Unterstützung und gegen den Widerstand der – abermals stark alkoholisierten – Hotelbesitzerin.

Im dritten Teil gewinnen die TirolerInnen auf so gut wie allen Ebenen die Oberhand. Zunächst sieht es noch gut aus für die deutsche Familie Sattmann: Sie eröffnet ihre Schneekanonenfabrik und baut ein Haus. Dann aber schlägt die Stunde der rechtlichen Option: Die Sattmanns verlieren das Sorgerecht für das Kind des ältesten Sohnes an Anna und den vormaligen Dorflehrer Hans. Letzterer setzt der Familie nunmehr als Umweltbeamter des Landes Tirol zu. Aufgrund seiner Interventionen dürfen die Sattmanns ihr in einer Lawinenzone erbautes Haus monatelang nicht bewohnen. Hans versucht zudem seinem Bruder das Bürgermeisteramt mit einer „grünen Liste“ streitig zu machen, zitiert Pier Paolo Pasolini und setzt auf SubsistenzbäuerInnentum. Letzteres nicht gerade zur Freude von

Anna, die statt einem abgelegenen Hof ohne Warmwasser lieber eine Waschmaschine hätte, damit aber wenig Gehör findet.

Das Narrativ des dritten Teils lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Das deutsche Großkapital kommt, reißt sich in Verbindung mit den korrupten Tiroler Machteliten die Natur (in Form der Jagdpacht) unter den Nagel, macht sich selbige mittels Schneekanonen zur Untertanin und vergiftet das Trinkwasser. Am Ende rettet der Bürgermeister seinen Posten, indem er Karl Friedrich Sattmann für all das verantwortlich macht, wofür eigentlich er die politische Verantwortung trägt. Nachdem er die Bühne verlässt, um wiederum Karl Friedrich, ergo dem deutschen Großkapital, untertänigst nachzulaufen, ergreift Bürgermeisterkandidat Hans Wechselberger erneut das Wort und zitiert Andreas Hofer: „Mander, s' isch Zeit!“ Und abermals wird die Tiroler Gegenauflklärung in Form des grünen Neobauern ohne Waschmaschine zur Identifikationsfläche für das vermeintlich kritische Publikum.

KÜNSTLICHE TIROLERINNEN UND ECHTE TIROLER. Angesichts dieser Konfliktlage tut der Bürgermeister – der selbst gewiss kein Anhänger der Aufklärung ist, zumindest aber einer des technischen Fortschritts – das einzig Richtige: Er beginnt mit Hilfe japanischer WissenschaftlerInnen die TirolerInnen in Tourismusklichee-Cyborgs umzubauen. Das passiert allerdings Off-Screen und erschließt sich dem Publikum erst im Verlauf des letzten Teils, der 1993 produziert

wurde, den Titel „Die Erfüllung“ trägt und in einer dystopischen Zukunft angesiedelt ist.

Die Handlung des vierten Teils wurde von den verantwortlichen ProgrammplanerInnen als so kontrovers empfunden, dass über fast ein Jahrzehnt hinweg immer nur die ersten drei Teile im Fernsehen wiederholt wurden. Der letzte Teil, der einiges in ein anderes Licht rückt, musste derweil im Zensurarchiv des ORF vor sich hin darben.

Schon zu Beginn des vierten Teils ist bezeichnend, wie sich Felix Mitterer in den 1990ern die dystopische Zukunft Deutschlands ausmalte: Ein Punk und ein muskulöser schwarzer Mann mit Kettensäge überfallen die seit Tagen im Stau stehende Familie Sattmann, die sich erstmals seit den Ereignissen im dritten Teil wieder auf den Weg nach Tirol macht.

Die Rolle des vormaligen Lehrers und geschassten Umweltamt-Mitarbeiters Hans verändert sich im letzten Teil sehr deutlich und es ließe sich argumentieren, diese Veränderung sei in der Lage, auch den Hans der Teile 1 bis 3 neu – nämlich weitaus kritischer – zu beurteilen. Das in den ersten Teilen als ökologisch verschleierte antiaufklärerisch-reaktionäre Ressentiment tritt im letzten Teil zur Kenntlichkeit entstellt ans Licht. Hans schimpft auf „Asylanten“ und „das ganze Gesindel“, welches in Deutschland Krawalle mache. Allerdings wurde auch Hans operativ verändert, was Raum für weniger wohlwollende Deutungsmöglichkeiten in Bezug auf das Gesamtnarrativ lässt. Hinter dem

von ihm und den anderen Cyborgs wie ein Mantra wiederholtem „total bio“-Slogan verbirgt sich eine gigantische Müllhalde. Die saftigen Tiroler Wiesen und Wälder sind aus Plastik, Menschen und Tiere den Ansprüchen der Tourismusindustrie untergeordnete Cyborgs. Der Tourismus hat Mensch und Umwelt kaputt gemacht, die Sattmanns kommen nach und nach dahinter und werden zu Opfern der Vertuschungsmaschinerie.

Doch auch der letzte Teil hat seine Widerständler und man muss sie nicht gendern, da es sich um einen reinen Männerbund handelt. Es ist eine mehr als bezeichnende postnazistische Allianzenbildung, die hier unkritisch über die Bühne geht. Der Pfarrer, der (doch nicht tote) Nazi-Opa Heinrich, der von Tobias Moretti gespielte Joe und sein von Gregor Bloéb gespielter Bruder Stefan bilden eine Art Partisaneneinheit. Propagandistisch wie militärisch kämpfen sie gegen die robotisierten TirolerInnen. Der Widerstandskampf des authentisch-katholischen Tirolers scheint von dem des Nazi-Preußen nicht zu trennen zu sein – was allerdings weder ausgesprochen noch in irgendeiner Form problematisiert wird. Gemeinsame Ressentimentlagen verbinden nicht nur den kämpfenden Männerbund, sondern auch Drehbuchautor Felix Mitterer mit jenem Teil des österreichischen wie deutschen Publikums, das mit dieser kämpfenden Einheit sympathisiert.

Florian Wagner studiert Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien.

„Erinnern heißt auch handeln“

Der Verein Erinnern Gailtal und sein Obmann Bernhard Gitschtaler bekamen 2014 mediale Aufmerksamkeit durch einen Prozess, den sie gegen die FPÖ führten. 2015 ist der Anlass dafür erfreulicher: Bernhard Gitschtaler gibt sein zweites Buch heraus. „Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal“, welches sich 200 Biographien von Opfern aus dem Tal im Südosten Kärntens widmet.

In den vielschichtig aufgearbeiteten Geschichten der Opfer werden die Kontinuitäten der Diskriminierung vor und nach der NS-Zeit deutlich. Die Diskriminierung der Kärntner Slowen_innen im 19. Jahrhundert findet ebenso Eingang in das Buch wie die fehlende Entschädigung von Jüd_innen nach 1945. Damit werden die Ereignisse während des Nationalsozialismus politisch und historisch kontextualisiert. Diese Kontextualisierung „soll es ermöglichen, die jeweiligen Biographien und Leidensgeschichten besser zu verstehen“ und damit, so Gitschtaler, „auch Menschen, die sich mit der Thematik noch nicht befasst haben, einen Zugang ermöglichen“. Das ist ihm und seinen Autor_innen definitiv gelungen und so richtet sich das Buch an ein breites Publikum und nicht nur an Historiker_innen und eingearbeitete Antifaschist_innen.

Aber auch für diese hat der Band einiges zu bieten, ist er doch der erste, der aller NS-Opfer aus dem Gailtal erinnert. Die Biographien werden in thematische Gruppen zusammengefasst, denen jeweils ein Kapitel vorangestellt ist, in dem die nationalsozialistische Verfolgung der Opfergruppe – sowohl allgemein im gesamten NS-Staat als auch konkret im Gailtal – beschrieben wird.

Der Band beginnt mit der Recherche zur SS-Aktion „Arbeitsscheu Reich“ gegen sogenannte Asoziale, eine Opfergruppe, die erst langsam und viel zu spät im Erinnerungsdiskurs ihren Platz findet. Es folgt ein ausführlicher Beitrag von Wolfgang Haider über die Opfer der NS-„Euthanasie“. Gerade bei dieser Gruppe, schreibt Haider, sei es lange üblich gewesen, nur die Vornamen der Opfer zu nennen und sie damit aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen. Durch die Opferbiographien wird klar, wie viele Personen sich ihrer Behandlung widersetzen – dadurch wird mit dem Stereotyp des passiven Opfers

Der Verein Erinnern Gailtal präsentiert sein neues Buch „Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal“.

gebrochen. Im Buch werden erstmals alle NS-„Euthanasie“-Opfer aus dem Gailtal genannt. Viel recherchiert wurde hier auch zu den Täter_innen: Der Abschnitt bearbeitet die Rolle der Ärzt_innen und Pfleger_innen und gibt einen tiefen Einblick in deren Mordpraktiken, Ideologie und Autoritätshörigkeit.

Rom_nija und Sint_etze, Homosexuelle, Jüd_innen, Kärntner Slowen_innen, Geistliche, Zeugen Jehovas, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter_innen, Widerständige, Deserteure, politisch Andersdenkende und Kritiker_innen des NS-Regimes erfahren in „Ausgelöschte Namen“ eine würdige Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus. Die Geschichte dieser Opfergruppen, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen verfolgt und ermordet wurden, wird ausführlich erklärt und konkret auf die Region bezogen.

Über die ausgelöschten Namen hinaus wird im Buch die Geschichte des Gailtals während des Nationalsozialismus erzählt. Die Leser_innen erfahren vor allem viel über die Partisan_innen im Tal – ein Thema, das in Kärnten wie auch im restlichen Österreich lange totgeschwiegen wurde und sehr umkämpft ist. Im unteren Gailtal formierte sich 1943 die Gruppe der Schütt-Partisan_innen, die heute noch ein großes Tabu darstellt.

Einziges Manko des Buches stellt das Kapitel über Homosexuelle im NS dar, das vorgibt, sich mit der Geschichte homosexueller Männer und Frauen zu beschäftigen, de facto zweitens aber außen vor lässt. Das zeigt sich schon im Titel „Der Rosa Winkel – Homosexuelle als NS-Opfer“. Frauen trugen keine rosa Winkel. Lesben wurden nicht systematisch verfolgt, aber dennoch oft als sogenannte Asoziale in KZs

gebracht und mit einem schwarzen Winkel versehen. Diese Tatsache wird im Buch leider nicht erwähnt.

Der Androzentrismus spiegelt sich auch in der Sprache des Buches wider. Es kann darüber diskutiert werden, ob der deutschsprachige Buchmarkt es verunmöglicht zu gendern. Wenn sich die Autor_innen aber dazu entschließen, ausschließlich die männliche Form zu verwenden, dann sollten sie auch im Kapitel zur NS-„Euthanasie“ konsequent bleiben und Pflegerinnen bei den Pflegern „mitmeinen“ und nicht durchgehend die sexistische Bezeichnung „Schwestern“ unnötigerweise hinzufügen.

Bei der Lektüre wird immer wieder deutlich, wie sehr im Gailtal versucht wurde und wird, die NS-Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis der Region zu löschen. Dem versucht das Buch etwas entgegenzusetzen. Dabei legen die Autor_innen ihren Forschungsprozess offen dar und erzählen davon, dass es ihnen wichtig war, die persönlichen Erfahrungen der Opfer miteinzubeziehen, dass ihnen des Öfteren Steine in den Weg gelegt wurden und dass sich die Recherche manchmal schwierig gestaltete.

„Erinnern heißt auch handeln“, heißt es im Vorwort zu „Ausgelöschte Namen“, und der Herausgeber erklärt, dass Erinnerungsarbeit nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie eine Sensibilisierung für die Ausgrenzungsmechanismen der heutigen Zeit schaffe. Diese aufklärerische Herangehensweise zeichnet das Buch ebenso aus wie die sehr aufwendige und genaue Recherchearbeit.

Katharina Gruber hat Politikwissenschaft in Wien studiert und ist in der politischen Bildungsarbeit und im Journalismus und in der Sozialarbeit tätig.



Bernhard Gitschtaler: Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal, Otto Müller Verlag, 380 Seiten, 27 Euro.



„Akademikerball“?

Nein, danke!

Am 29. Jänner 2016 ist es wieder so weit: Rechtsextreme, deutschnationale Burschschafter, FPÖ-PolitikerInnen, AntisemitInnen- und RassistInnen kommen in der Hofburg zusammen, um auf sich und ihre reaktionäre Ideologie anzustoßen. Der Akademikerball, der mittlerweile offiziell nicht mehr vom Wiener Korporationsring, sondern von der Wiener FPÖ organisiert wird, ist keineswegs das harmlose, unpolitische Tanzevent, als das es Rechte in der Öffentlichkeit gerne darstellen. Rechtsextreme Eliten vernetzen sich und der Veranstaltungsort der Wiener Hofburg soll dies gesellschaftlich legitimieren.

Damit der Rechtswalzer nicht unbehelligt abläuft, haben sich in der Vergangenheit drei antifaschistische Bündnisse zusammengeschlossen, um das rechtsextreme Treiben zu thematisieren und/oder zu verhindern. Auch heuer mobilisieren die „Offensive gegen Rechts“ und das Bündnis „jetztzeichnen“ gegen den FPÖ-Akademikerball. Das Bündnis „nowkr“ hat sich nach der Mobilisierung 2015 aufgelöst und erklärt hier, warum.

NOWKR

NOWKR.AT

Das NOWKR-Bündnis versteht sich als linksradikales antifaschistisches Bündnis, das von 2008 bis 2014 Proteste gegen den WKR-/Akademikerball organisierte. Die Kampagnen setzten jedes Jahr unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, zuletzt wurden Gewaltverhältnisse in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft thematisiert. Unsere kontinuierliche Arbeit schaffte es, den WKR-Ball ins Rampenlicht der medialen Öffentlichkeit zu zerren, und hatte dabei mehrere Erfolge zu verbuchen: Neben einer Delegitimierung des Balls und deutschnationaler Burschenschaften im Allgemeinen hat der Ball mit sinkenden Teilnehmer_innenzahlen zu kämpfen und musste 2012 in Akademikerball umbenannt werden. Seitdem wird der Ball offiziell nicht mehr vom Dachverband der völkischen Verbindungen in Wien ausgerichtet, sondern von der Landesgruppe der FPÖ. Auch den Charakter des Balls als „größtes couleurstudentische Gesellschaftsereignis im deutschsprachigen Raum“ (WKR) und als Vernetzungstreffen der europäischen Rechten konnten ihm die antifaschistischen Proteste streitig machen. Zudem gelang es die Proteste zu verbreitern. Den Ball unmöglich zu machen bedeutet für uns auch eine Gesellschaftsform unmöglich zu machen, die reaktionäre Ideologien aller Couleur erst hervorbringt. Deshalb war es für uns immer zentral, eine linksradikale Gesellschaftskritik in den Vordergrund unserer politischen Arbeit zu stellen und dabei Werbung für das Projekt der Überwindung der bestehenden Verhältnisse zu machen. Wir lösten uns als Bündnis im Februar 2015 auf, warum könnt ihr auf nowkr.at nachlesen.

OFFENSIVE GEGEN RECHTS

OFFENSIVE gegen rechts.

Auch heuer mobilisieren wir als „Offensive gegen

Rechts“ wieder gegen den FPÖ-Burschschafterball in der Wiener Hofburg. 2014 verweigerte die Hofburg Betriebsges.m.b.H. dem Wiener Korporationsring (WKR) die Ball-Räumlichkeiten in diesem repräsentativen Gebäude. Die FPÖ zögerte nicht lange und meldete das Event unter ihrem Namen an. Ein eindeutiges Signal von der Freiheitlichen Partei, die sich erneut offen und selbstbewusst zu rückschrittlichen, elitären und rechtsextremen Männerbünden bekennt. Burschenschaften stellen die Mehrheit der FPÖ-Abgeordneten im Nationalrat und im Wiener Landtag. Ihre Lebensrealitäten haben nichts mit den Problemen des Großteils der Bevölkerung zu tun, aber der FPÖ gelingt es, die aktuelle gesellschaftliche Lage dafür zu nutzen, ihr rückschrittliches Weltbild wieder salonfähig zu machen. Die Ablehnung von erkämpften Frauenrechten und Arbeiter_innenrechten, ihr offener Antisemitismus, die Ablehnung von Andersdenkenden und Minderheiten zählen seit jeher zum fixen Bestandteil des deutschnationalen Weltbildes und damit auch der FPÖ. Gehen wir also gemeinsam auf die Straße und sagen klar: Nie wieder Faschismus, nie wieder FPÖ! Zeigen wir, dass es keine Burschschafter braucht, sondern eine echte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten! Mehr Infos zur Demonstration gegen den FPÖ-Burschschafterball und die Aktivitäten der „Offensive gegen Rechts“ gibt es auf Facebook und unter offensivegegenrechts.net.

ZEICHENSETZEN

JETZT ZEICHEN SETZEN

Die Vernetzungsplattform „jetztzeichnen“ macht sich für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, gegen rassistisches, antisemitisches und sexistisches Gedankengut, gegen rechte Hetze und gegen Diskriminierung und Gewalt stark. „jetztzeichnen“ organisiert seit Jahren am 27. Jänner, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und internationalen Holocaust-Gedenktage, Gedenkveranstaltungen, um die Öffentlichkeit auf diesen wichtigen Tag aufmerksam zu machen. Ziel ist es die politischen Hintergründe, die u.a. Auschwitz ermöglichten, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und dazu beizutragen, dass sich etwas Derartiges oder Ähnliches niemals wiederholt. „jetztzeichnen“ tritt auch entschieden gegen den Ball des Wiener Korporationsringes auf. Der WKR Ball ist für „jetztzeichnen“ Symbol dafür, dass nach wie vor rechtsextremes Gedankengut wie auch rechtsextreme Vernetzung in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert sind. Infos zu den Veranstaltungen im Jänner 2016 kommen bald auf jetztzeichnen.at.

EINE KURZE GESCHICHTE SPANIENS



Spanien hat seit dem Beginn der Platzbesetzungen im Mai 2011 eine beeindruckende Phase sozialer Kämpfe hinter sich. Nicht zuletzt angesichts der anstehenden Wahlen lohnt sich ein Blick auf die Situation.

Das Buch „Mit Podemos zur demokratischen Revolution – Krise und Aufbruch in Spanien“ von Raul Zelik beginnt nicht 2008 mit der Krise, sondern bettet die jüngeren Entwicklungen in den Kontext des 20. Jahrhunderts ein. Besonders interessant ist dabei das Kapitel zur „Transición“ ab Mitte der 1970er Jahre – jenem gefeierten Demokratisierungsprozess unter Aufsicht des Königs, durch den die alten Eliten ihre politische und ökonomische Macht behalten konnten. Große

Teile der Linken machten da mit, Widerstand gab es nur von den Rändern – in Katalonien und dem Baskenland. Dieser Prozess war alles andere als friedlich. Dutzende Menschen fielen etwa den von der sozialdemokratischen Regierung unterstützten Todesschwadronen zum Opfer.

Präzise analysiert Zelik das spanische Akkumulationsmodell, in dem Immobilienboom und Korruption schließlich in die große Krise führten. Mit 15-M entstand daraus eine beeindruckende soziale Bewegung. Doch obwohl sie über Jahre mobilisierungsfähig geblieben ist, gelang es ihr nicht die Politik zu ändern.

Besonders aufschlussreich ist die kurze Darstellung der Populismus-Theorie, die der Strategie von Podemos zugrunde liegt. Der Autor sieht die Chancen eines Bruchs aber weniger bei Podemos als in den neuen Gemeindewahlkandidaturen und den Absetzungsbewegungen in Katalonien. Besonders interessant ist

dabei, wie aus konkreten Kämpfen gegen Zwangs-räumungen in Barcelona die Einheit der Linken hergestellt wurde. Nicht im Nationalismus, sondern in der demokratischen Konstituierung der Gesellschaft, wie sie von den linken und linksradikalen Teilen der Unabhängigkeitsbewegung angestrebt wird, sieht Zelik eine Chance.

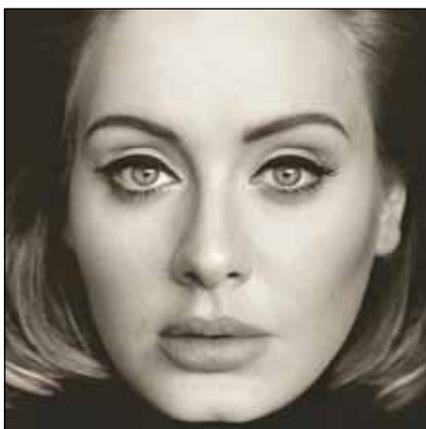
Ohne dem Autor in jeder These zuzustimmen, bietet Zeliks Buch einen hervorragenden Überblick und viele Aspekte der spanischen Erfahrung scheinen auch für die Neuformierung der Linken in Österreich hilfreich.

Raul Zelik: Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien, Bertz+Fischer, 221 Seiten, 10,20 Euro.

Martin Konecny dissertiert am Institut für Politikwissenschaft und ist Redakteur bei mosaik-blog.at.

Zweimal hingehört

ADELE 25



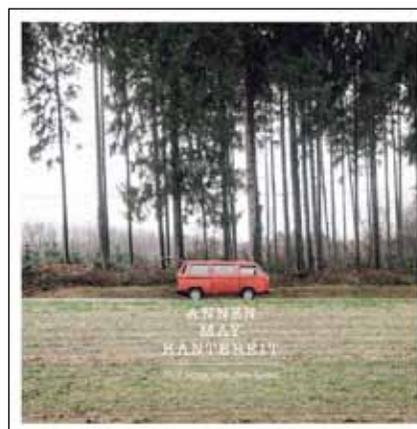
brei, sondern behält einen eindeutigen Wiedererkennungswert. Ob das nun an den eingängigen Texten liegt („You look like a movie, you sound like a song, my god this reminds me, of when we were young“) oder an der eigenwilligen Stimmung in jedem einzelnen Song, kann und soll hier nicht geklärt werden.

MARIE LUISE: Eine der erfolgreichsten Musikerinnen des 21. Jahrhunderts bringt eine neue Platte heraus. Das neue Album wird melancholisch. Viel steht auf dem Spiel – der Albumrelease hat sich verzögert. Ihr Album „21“ wurde 30 Millionen Mal verkauft. Ein Erfolg, der schwierig zu wiederholen ist. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die Frau, die sich gegen aus ihrer Sicht zu niedrige Streampreise wehrt, es schaffen wird. „25“ steht nur zahlenden Hörer*innen zur Verfügung und ist nicht bei Spotify abrufbar. Der Clip zur Single „Hello“ wurde vom kanadischen Regisseur Xavier Dolan produziert. In Sepiafarben ist Adele zu sehen, wie sie in ein verlassenes Haus zurückkehrt: Lange Einstiegssequenz, sie öffnet die Augen, die Musik setzt ein. Es geht um Neuanfänge. Bekannte ProduzentInnen und SongwriterInnen haben an dem Album mitgewirkt. Der Produzent von „Hello“ hat auch schon für Beyoncé und Sia gearbeitet. Resultat ist ein auf allen Ebenen sehr geschmackvolles Album.

KATJA: Adele – der weibliche Star, der ausnahmsweise keine Diva ist, sondern eine grundsympathische, unglamouröse und talentierte Sängerin. Nicht so profillos wie andere britische Singer/SongwriterInnen wie zum Beispiel Ed Sheeran, der es auf dieselbe Art probiert. Es ist also nicht möglich, Adele nicht zu mögen. Aber was kann ihr drittes Album, 25?

Von der stimmungswaltigen, pathetischen Eröffnungsnummer „Hello“ über sehr reduzierte Klaviernummern ist die komplette Bandbreite der Melancholie abgedeckt. Zwischendurch gibt es mal eine etwas temporeichere Nummer mit Akustikgitarre und Rhythmusgeräten. Egal auf welche Art und Weise ein Song daher kommt, inhaltlich geht es um die üblichen Verdächtigen: Herzschmerz („I miss you“), Herzschmerz („Hello“) oder Herzschmerz („All I ask“). Allerdings verschwimmt das alles nicht in einem Traurigkeits-

ANNENMAYKANTEREIT WIRD SCHON IRGENDWIE GEHEN



Bier und Bartstoppeln. Inhaltlich ist es sehr rührselig, aber das geht im Sound total unter. Apropos Tour: Alle ihre Konzerte für 2016 sind ausverkauft, außer der Auftritt im republic in Salzburg. Liebe Salzburger*innen, das sieht komisch aus, besorgt euch schnell noch ein, zwei Karten!

MARIE LUISE: Nicht mehr ganz so neu, aber trotzdem noch in aller Munde, ist das Album dieser Band, die mit Straßenmusik angefangen hat. Ein bübisch aussehender junger Mann singt mit einer rauchigen tiefen Stimme, zu der schweißüberströmte getanzt werden kann. In der Zwischenzeit haben die drei Kölner schon mit KIZ zusammengearbeitet. Das Album „Wird schon irgendwie gehen“ läuft im Radio auf und ab, die Klickzahlen ihrer selbstgedrehten Videos vervielfachen sich und sie spielen nur noch in ausverkauften Clubs. Die deutschen Lyrics berühren hart, dazu Indie-Folk vom Feinsten. Der auf Konzerten beliebteste Titel der neuen Platte, „Oft Gefragt“, ist eine Liebeserklärung des Sängers Henning May an seinen Vater. Der reißt sich dabei musikalisch das Herz aus der Brust und reißt mich mit. Die ganze Platte macht Sinn und die Musik funktioniert durch und durch!

KATJA: Einen kleinen Warnhinweis möchte ich vorwegschicken: Wer Probleme mit einer Reibeisenstimme à la Hafenarbeiter um fünf Uhr früh nach zehn Jägermeistern und mindestens drei Schachteln Zigaretten hat, wird sich wohl nie mit dem Sound von AnnenMayKantereit anfreunden können. Denn Henning May (ein Name wie eine Explosion!) dominiert mit seinem Gesang auf den Tracks genau genommen alles. Der Rest an Gitarre und Schlagzeug (Typ: direkt aus der Garage) kommt ebenso kantig daher, auch wenn May manchmal sein Klavier anstrengt und eine Ballade geschmettert wird. Ganz unerwartet kommt die Band aus Köln und nicht aus Hamburg, auch wenn alles nach Küste und schneidend kaltem Wind klingt. Nun darf man bei diesem Vergleich aber nicht an die Hamburger Schule denken, denn damit haben die drei nichts am Hut. Eigentlich schreit alles in einer Tour: Männlichkeit, Fäuste,

Katja Krüger ist Einzelpersonenunternehmerin und studiert Gender Studies an der Uni Wien.

Marie Luise Lehner studiert Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst in Wien.



WISSENSCHAFT

Die „Volksgemeinschaft“ bröckelt

Der Sammelband „Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts“ versucht theoretische Überlegungen zum Zusammenspiel von Neonazismus, Pädagogik und Geschlecht mit pädagogischen Praxen in Beziehung zu setzen. Mitherausgeber Andreas Hechler spricht mit Judith Goetz über rechte Wortergreifungen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und den fehlenden Blick auf Opferperspektiven und Alternativen.

progress: Ihr schreibt in eurem Buch, dass „Neonazismus nur mit ganz bestimmten Männlichkeiten und Weiblichkeiten“ funktioniert. Was ist damit gemeint?

Andreas Hechler: N(eon)azistische Männlichkeiten und Weiblichkeiten sind exklusiv; sie sind idealtypisch weiß, (seit vielen Generationen) deutsch, christlich oder verwurzelt in der germanisch-nordischen Mythologie, gesund, heterosexuell etc. Was also de facto hyperprivilegiert und nur auf eine kleine Minderheit überhaupt zutreffen kann, ist nach neonazistischer Lesart „normal“.

Darüber hinaus stehen diese Konstruktionen im Dienst einer größeren Sache. Hier greift unter anderem eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, die Frauen und Männern innerhalb der „Volksgemeinschaft“ klar definierte Aufgaben und Orte zuteilt. Zu all dem gesellen sich autoritäre und diktatorische Züge, sowohl als strategisches Element zum Erreichen der politischen Ziele als auch ganz prinzipiell in der Vision, wie Gesellschaft organisiert sein soll. Das Zusammenspiel der genannten gesellschaftlichen Positionierungen, Verhaltensweisen und Einstellungsmuster produziert ganz bestimmte Männlichkeiten und Weiblichkeiten. Anders formuliert: Es werden all diejenigen ausgeschlossen, die davon abweichen.

Stärker denn je machen sich Rechte gegen vermeintliche „Frühsexualisierung“ stark. Warum ist sie bedrohlich für den Rechtsextremismus

und was kann eine Sexualerziehung im frühen Kindesalter zu einer geschlechterreflektierten Pädagogik gegen Rechts beisteuern?

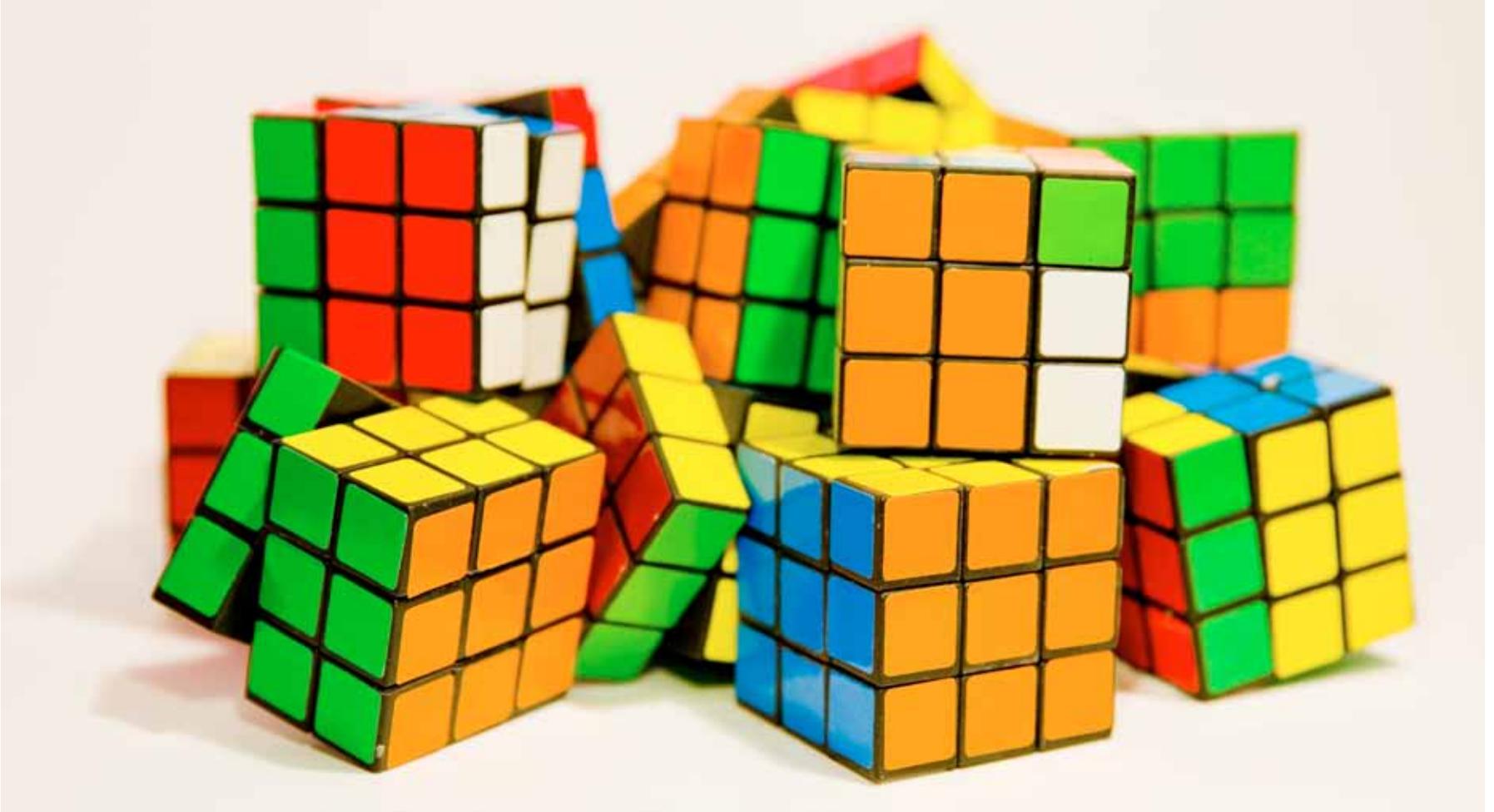
„Frühsexualisierung“ ist ein schillernder Kampfbegriff, der nicht näher definiert wird. Eine altersangemessene Sexualerziehung trägt ganz maßgeblich dazu bei, Kinder in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung zu unterstützen und zu einer selbstbestimmten, verantwortlichen und gewaltfreien Sexualität zu befähigen. In dieser Hinsicht wirkt Sexualerziehung gegen Scham bzw. Beschämung, für Kinderrechte und für die freie Entscheidung, wen Menschen lieben wollen und mit wem und wie sie Sex haben möchten. Dagegen läuft das rechte Spektrum Sturm, mit den immer gleichen „Argumenten“ einer angeblich „natürlichen Scham“ und des „Elternrechts“. Zudem stören sie sich ganz maßgeblich daran, dass Kinder sich frei entwickeln können sollen, da das eben auch die Möglichkeit beinhaltet, schwul, lesbisch, bi-/pansexuell, queer, trans*geschlechtlich, nicht-binär, nicht-verheiratet, polyamourös oder was auch immer zu leben oder auch abzutreiben. Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als Möglichkeiten gleichberechtigt neben viele andere zu stellen, ist ein fundamentaler Angriff auf ein Verständnis, das Sexualität als „natürlich“ fasst und es darüber hinaus auf Fortpflanzung (der „Volksgemeinschaft“) verengt. Der Wunsch nach Klarheit und Eindeutigkeit löst sich durch das Offenlassen von allen geschlechtlichen und sexuellen Möglichkeiten im Nichts auf – die „Volksgemeinschaft“ beginnt zu bröckeln.

Ein Beitrag behandelt die Modernisierung homo-feindlicher Argumentationen. Was hat sich in aktuellen rechten Debatten gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt geändert?

Der angesprochene Artikel argumentiert, dass Homosexualität nicht mehr als Akt „wider die Natur“ diffamiert und die Existenz der anderen (homosexuellen usw.) Kulturen toleriert wird, solange keine „unethischen“ Vermischungen stattfinden – etwa in dem Sinne, dass Heterosexuelle mit Homosexualität „angesteckt“ werden könnten. Gesellschaftlich marginalisierten Gruppen wird so zwar offiziell eine Daseinsberechtigung zugesprochen, jedoch nur dann, wenn sie sich in die etablierte „Kultur“ integrieren, inklusive dem faktischen Verbot, ihre Interessen auch wirksam auszudrücken.

In Anlehnung an die analytischen Perspektiven eines „Postfeminismus“ können wir vielleicht für bestimmte Spektren von einer „Post-Homofeindlichkeit“ sprechen. Diese bejaht Gleichstellung, hält sie aber für erreicht und warnt vor einer angeblichen Umkehrung ins Gegenteil. Diese gesellschaftlichen Akteur_innen kämpfen gegen ihren Macht- und Privilegienverlust.

Ihr betont, dass sich insbesondere die Sozialpädagogik bis heute an einer verengten Vorstellung deklassierter (männlicher) Jugendlicher orientiert. Welche Probleme ergeben sich durch die Vernachlässigung der Erwachsenen in geschlechterreflektierten pädagogischen Auseinandersetzungen mit Neonazismus?



Die Verengung betrifft nicht nur die Sozialpädagogik, sondern auch mediale Diskurse, institutionelles Handeln etc. Große Teile der Gesellschaft bleiben durch die Projektion des Neonazis als „jungmännlichdeklassiertgewalttätig ausm Osten“ unberücksichtigt. Dabei weisen gegenwärtig europaweit Menschen ab dem sechzigsten Lebensjahr – und nicht etwa Jugendliche – die höchsten Zustimmungswerte zu neonazistischen Einstellungsmustern auf. Somit wird die zurzeit zahlenmäßig größte problematische Gruppe von vornherein aus dem Aufmerksamkeitsfeld ausgeblendet.

Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass Kinder in aller Regel viel offener und weniger stereotypisierend als Erwachsene sind, wenn es um Geschlecht geht. Erwachsene geben Kindern und Jugendlichen – häufig unbewusst – ihre Vorstellungen von Geschlecht mit. Das trifft in besonderer Weise diejenigen, die sich nicht geschlechtskonform verhalten. Daher muss auch für Pädagog_innen eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit der eigenen geschlechtlichen Sozialisation und daran gekoppelten Vorstellungen von Geschlecht gefördert werden.

Was ist eurer Meinung nach an Täter_innenfokussierten Ansätzen in der Neonazismuspräventionsarbeit zu kritisieren?

In der Neonazismusprävention findet sich fast durchgehend ein Täter_innenfokus. Es ist zwar naheliegend, sich „den Neonazis“ – ihren Taten, Strukturen und Ideologien – zuzuwenden. Verloren gehen hingegen zwei andere Ebenen, die für eine Präventionsarbeit von großer Bedeutung sind: Einerseits fehlt der Blick auf Menschen, die von Neonazis real oder potenziell angegriffen werden, in täglicher Angst vor Bedrohungen leben und in ihrem Aktions- und Handlungsradius stark eingeschränkt sind. Wird ihre Perspektive nicht wahrgenommen, werden ihre Verletzungen unsichtbar gemacht mit der Folge, dass Diskriminierungen reproduziert und Gewöhnungseffekte in Kauf genommen werden. In

einer solchen Neonazismusprävention ändert sich für die Diskriminierten überhaupt nichts. Ein erfolgreicher Kampf muss aber daran gemessen werden, ob sich real etwas für diskriminierte Gruppen verbessert hat. Andererseits fehlt der notwendige Blick auf Alternativen.

Wie könnten und sollten derartige Alternativen aussehen?

Hierzu gehört insbesondere die Stärkung nicht-neonazistischer, antifaschistischer, nicht- und antirasistischer sowie queerer Lebenswelten und Jugendkulturen. Auch das Einüben nicht-diskriminierender Verhaltensweisen, demokratischer Interessenvertretungen und Konfliktlösungsstrategien zählen dazu. Ohne diese bringt auch die beste Präventionsarbeit nichts. Neonazismusprävention ist kein Selbstzweck, sondern Teil eines gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses.

Zu einer erfolgreichen Neonazismusprävention gehören drei Ebenen und eine Fokusverschiebung: An erster Stelle stehen der Schutz, die Unterstützung und das Empowerment derjenigen, die von Neonazis real oder potenziell bedroht werden. An zweiter Stelle stehen der Aufbau und die Unterstützung von Alternativen zum Neonazismus. An dritter Stelle steht die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Neonazis und rechts orientierten Kindern und Jugendlichen.

Für die Pädagogik gilt es, für diese drei Ebenen zielgruppenspezifische Angebote bereitzustellen. Da die Arbeit mit Täter_innen sowohl der Schutzverpflichtung gegenüber Opfern und Diskriminierten als auch einer Stärkung von Alternativen zuwiderläuft, sollten nicht die selben Personen und Institutionen alle drei Ebenen gleichzeitig bespielen.

Pädagog_innen stecken in dem Dilemma, einerseits Ansprüche pädagogischer Unterstützung in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen zu

verfolgen und andererseits wirkungsvolle Arbeit gegen rechtsextreme Orientierungen zu leisten. Wie könnte das gelöst werden?

Ich finde, dass Michaela Köttig in ihrem Buchbeitrag auf der Grundlage ihrer eigenen pädagogischen Arbeit in einer rechten Mädchenclique viele wertvolle Impulse liefert. Das Dilemma lässt sich meines Erachtens nicht auflösen, aber es können Rahmenbedingungen für einen guten Umgang geschaffen werden. Dazu gehören unter anderem ein guter Personalschlüssel, zeitlich fest eingeplante und bezahlte Reflexionsräume (Reflexion, Intervision, fachkundige Supervision), realistisch erfüllbare Anforderungen, finanzielle und räumliche Ressourcen, eine Ausbildung, in der die kritische Auseinandersetzung mit Geschlecht und Neonazismus Teil des Curriculums ist, regelmäßige Fort- und Weiterbildungen, die Möglichkeit, bei Bedarf Hilfe von außen zu holen und angemessene Erholungszeiten.

Eine geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts kann derzeit nicht gut gemacht werden, wenn Ressourcen dafür schlicht nicht vorhanden sind. Das hat nichts mit persönlichem Scheitern zu tun; die Haltung mag noch so toll, das Wissen um Geschlecht und Neonazismus noch so tief, die Methodik ausgefeilt sein – wenn man* drei Jugendclubs parallel als einzige_r Sozialarbeiter_in betreuen muss, wie es in mehreren Bundesländern der Fall ist, wird all das nicht viel helfen. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen für eine erfolgreiche Arbeit.

Judith Goetz ist Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (www.fipu.at) und studiert Politikwissenschaften im Doktorat an der Uni Wien.

Hechler, Andreas/Stuve, Olaf [Hrsg.] (2015): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich Verlag.

Grundkurs kritische Wissenschaft:

A wie ... Aufklärung, D wie ... Dialektik

Oft sind kritische Theorien schwer zugänglich, was den komplizierten Verhältnissen, die sie zu beschreiben versuchen, geschuldet sein kann. Aber manchmal geht es auch einfacher. Der folgende Text will den Begriff der Dialektik der Aufklärung einfach, aber nicht vereinfachend erklären.

Was ist die Aufklärung und was ist das Problem mit der Aufklärung? Mit diesen Fragen haben sich Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in einem Buch namens „Dialektik der Aufklärung“ beschäftigt. Die beiden gelten als Vertreter der Frankfurter Schule beziehungsweise der Kritischen Theorie – einem Forschungszusammenhang von Wissenschaftler_innen, die sich im 20. Jahrhundert mit verschiedenen Aspekten der Ideologie- und Gesellschaftskritik beschäftigten. Die „Dialektik der Aufklärung“ schrieben Adorno und Horkheimer in den 1940er Jahren im amerikanischen Exil. Das Buch versucht vor dem Hintergrund der Shoah zu verstehen, wie die Ziele der Aufklärung zu der industriell organisierten Vernichtung von Millionen von Menschen führen konnten.

Die „Dialektik der Aufklärung“ gilt als ein äußerst kompliziertes Werk und viele schrecken davor zurück. Der folgende Text ist ein Versuch, die darin enthaltenen komplexen Zusammenhänge möglichst verständlich zu erklären. Ich möchte hier keine Zusammenfassung geben, sondern einen Einblick in manche Gedanken, die für mich besonders wichtig wurden. Dabei orientiere ich mich zwar am Buch, erzähle aber meine Version der Geschichte, die mit anderen Theorien und Erfahrungen verwoben ist. Ich konzentriere mich vor allem auf die Rolle der Vernunft im Spannungsfeld von Herrschaft und Befreiung.

DIE VERNUNFT. Ein zentrales Prinzip der Aufklärung ist, dass der Mensch durch Vernunft zur Befreiung gelangen kann. Immanuel Kant prägte den Wahlspruch der Aufklärung: Befreie dich aus deiner selbstverschuldeten Unmündigkeit – mit Hilfe deines Verstandes kannst du selbstbestimmt Entscheidungen treffen. Es brauche mündige, vernünftige Bürger_innen, um eine Demokratie zu gestalten. Vernunft ist also wichtig für die demokratische Idee und wird als etwas verstanden, das jedem Menschen inne wohnt – so das Ideal.

Doch praktisch wurde diese Vernunftfähigkeit nicht allen zugeschrieben. Frauen, „psychisch Kranke“, Kinder, Kriminelle – verschiedene Gruppen wurden als unvernünftig abgestempelt, und so wurde ihnen auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen verwehrt. Das geschah oft ganz offen und konkret, z.B. hatten Frauen bis ins 20. Jahrhundert hinein kein Wahlrecht. Mit abstrusen, anthropologischen und biologischen Beweisen erklärten Wissenschaftler, dass Frauen nicht vernunftfähig seien. Frauen seien vielmehr zu einem Leben als Hausfrauen und Mütter bestimmt, wofür offenbar keine Vernunft notwendig sei.

Mit der Aufklärung sollte Vernunft Religion als strukturierendes Prinzip von Gesellschaft ersetzen. Fakten treten an die Stelle des Mythos. So ist es nicht mehr Gott, der dir deinen Platz in der Gesellschaft zuschreibt, sondern die Vernunft bzw. die Wissenschaft. Und so legitimierte die vernünftige, scheinbar objektive Wissenschaft die herrschende Ordnung und die Positionen von herrschenden und beherrschten Gruppen. Vernunftfähigkeit wurde auch allen Opfern des Kolonialismus abgesprochen, was so weit ging, dass ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob die kolonisierten Subjekte überhaupt Menschen seien.

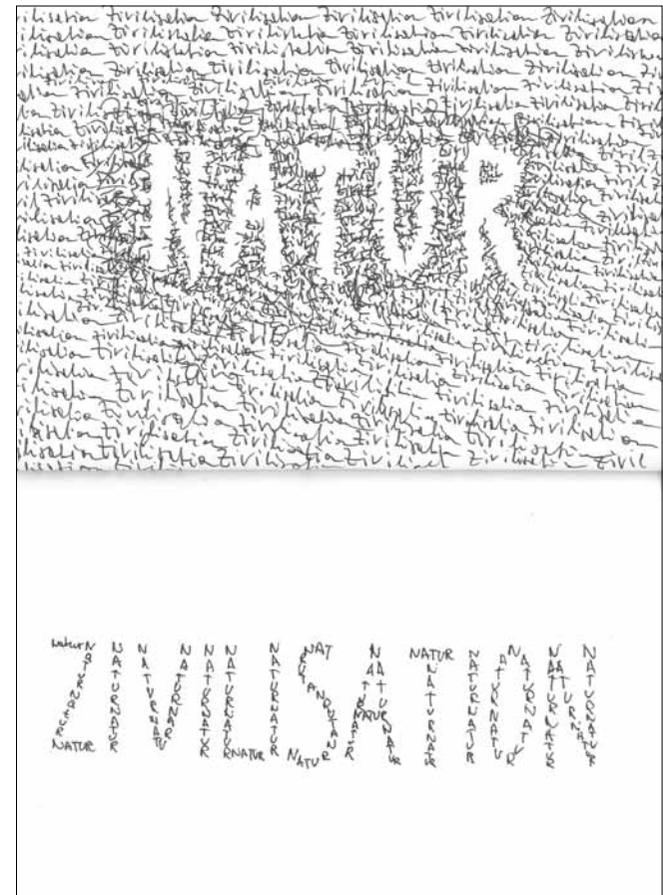
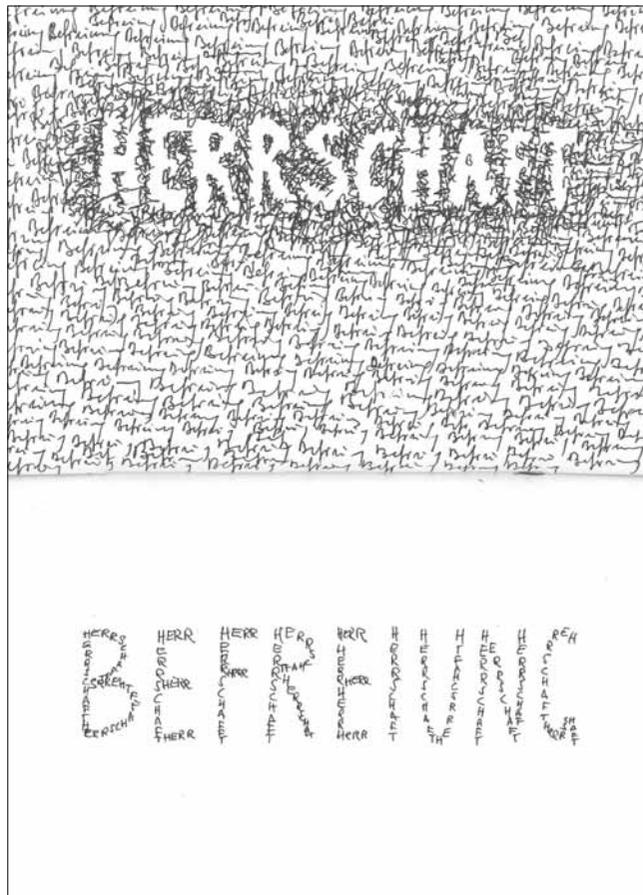
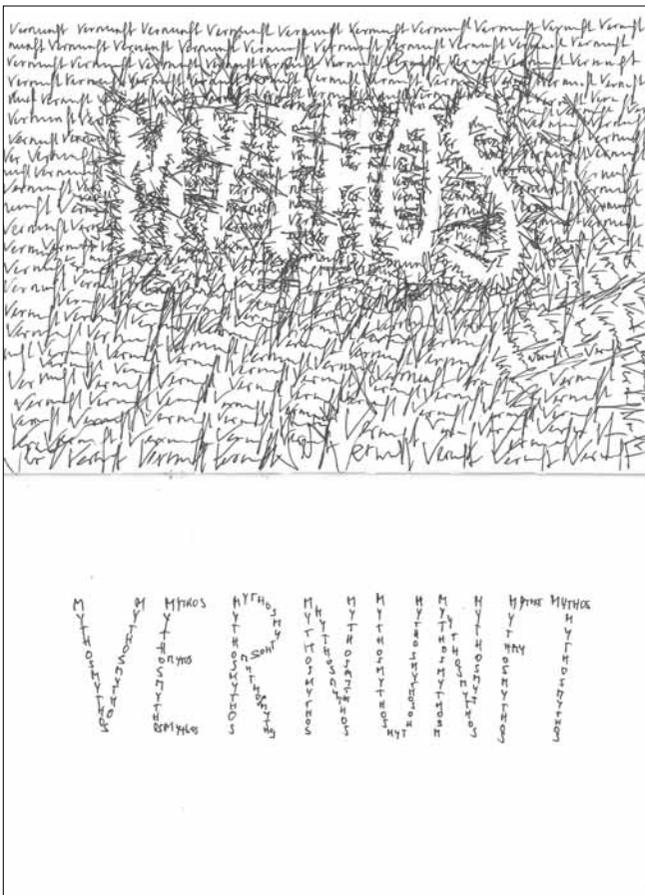
INSTRUMENTELLE VERNUNFT. Um dies zu fassen, prägten Horkheimer und Adorno den Begriff der „Instrumentellen Vernunft“. Dieser besagt, dass alles unter dem Prinzip des Nutzens steht und der Durchsetzung der eigenen Interessen dient. Die Vernunft ist geleitet von Profit- und Konkurrenzdenken. Vernünftig ist demnach, wer Kosten-Nutzen-Rechnungen macht und sich dafür entscheidet, zu tun, was am meisten individuellen Nutzen verspricht. Wer sich dagegen entscheidet, gilt als unvernünftig.

In diesem Sinn gelten auch Menschlichkeit und Solidarität als unvernünftig. Der weit verbreitete Begriff des Gutmenschen entstammt dieser Logik: Wer das Wohl anderer Menschen zum Maßstab seines Handelns macht, ist unvernünftig. Menschlichkeit ist ein anderes Prinzip, das manchmal in unserer Gesellschaft zur Geltung kommt, das aber immer wieder unterdrückt und beiseitegeschoben wird. Was wirklich gilt, ist die Instrumentelle Vernunft, die einer kapitalistischen, profitorientierten Logik gehorcht.

Trotzdem verweist die Idee der Vernunft, die allen Menschen innewohnt, auf eine emanzipatorische Idee – nämlich dass Vernunft ein universales menschliches Prinzip ist, auf dessen Basis eine demokratische Gesellschaft erst verwirklicht werden kann.

NATURBEHERRSCHUNG. Ein weiteres wichtiges Moment der Aufklärung ist die Veränderung des Verhältnisses des Menschen zur Natur. Beim Projekt der Zivilisation geht es darum, die Angst vor der Natur und ihrer Unberechenbarkeit in den Griff zu kriegen. So dient der technologische Fortschritt dem besseren Umgang mit Naturgewalten und auch der Nutzung der Natur für menschliche Zwecke. Das Motiv dahinter ist ein durchaus positives – die Welt soll besser bewohnbar für die Menschen sein. Beschwerlichkeiten wie extreme Wetterverhältnisse oder harte Arbeit sollen erleichtert werden, damit ein gutes Leben für alle möglich ist.

Das Problem dabei ist, dass dies in Form von Naturbeherrschung passiert. Beherrschung bedeutet, Gewalt über die Natur zu haben. Es bedeutet auch, dass der Mensch sich von der Natur entfremdet und sich als Subjekt setzt, das dann die Natur als Objekt beherrscht. Die Natur wird zum Objekt des Menschen, wird mess- und nutzbar gemacht. Alles – auch



Grafiken: Christoph Steinger

die anderen Menschen und die eigene, innere Natur. Die ganze Welt wird ein Feld, das der Mensch bzw. das Subjekt beherrschen kann.

Und so werden auch Menschen zu Objekten, die beherrscht und nutzbar gemacht werden können; zu Objekten, die in kapitalistischen Produktionsverhältnissen funktionieren; zu Objekten, die verwertet, bearbeitet und im schlimmsten Fall auch vernichtet werden können. Die Beziehungen der Menschen zu den Dingen – aber auch zu anderen Menschen – stehen unter dem Vorzeichen der Nutzbarkeit und der Verwertung. Die Beziehungen werden so in der Logik der instrumentellen Vernunft entfremdet.

BILDUNG UND EMANZIPATION. Die Vernunft hat beide Momente in sich – sie ist von Gewalt und Herrschaft geleitet, aber sie enthält immer auch die Möglichkeit der Emanzipation. Tatsächlich kann mensch gerade mit Wissen und Vernunft die eigene Position reflektieren, Herrschaftsverhältnisse hinterfragen und die Gesellschaft kritisieren. Vernunft kann selbstermächtigend und befreiend sein.

Unwissenheit und Unbildung sind Herrschaftsinstrumente, mit denen Menschen in unterdrückenden Verhältnissen gehalten werden. Nicht umsonst waren Lesen und Schreiben in verschiedenen Phasen der Geschichte widerständige Akte. Im 19. Jahrhundert war es beispielsweise in den amerikanischen Südstaaten verboten, Sklav_innen das Schreiben beizubringen. Alphabetisierung kann eine befreiende Praxis sein. Mit der Fähigkeit zu lesen wächst das Bewusstsein für unterdrückende Verhältnisse und auch die Möglichkeit, die Welt zu verändern.

Aber Bildung ist nicht nur auf die üblichen Orte der Wissensproduktion – Schule, Universität, Forschungsstätten – beschränkt. Es gibt auch andere Orte, an

denen kritische Wissensproduktion und Bildung stattfinden, insbesondere auch soziale Bewegungen. Gerade schwarze Feministinnen wie bell hooks betonen die Bedeutung von Wissen für Veränderung und Befreiung aus unterdrückenden Verhältnissen. Wissen kann auch ein Mittel sein, um die herrschende Wissenschaft zu hinterfragen.

Es geht nicht darum, dass wir uns von der Vernunft verabschieden, sondern darum, ihre problematischen Anteile zu erkennen und zu kritisieren. Das Ideal der Aufklärung will, dass alle Menschen sich ihres Verstandes bedienen können, um so in die Lage zu kommen, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Das will eine kritische Pädagogik auch. Aber sie will darüber hinaus die Menschen zur Freiheit und zur Kritik erziehen; sie also dazu bringen, dass sie selbst die Herrschaft hinterfragen.

Aber können Menschen zur Freiheit erzogen werden? Erziehung ist das Gegenteil von Freiheit. Die Orte und die Formen des Lernens in unserer Gesellschaft sind von Zwang und Autorität gekennzeichnet – die Schule ist Pflicht und Lehrer_innen sind Autoritätspersonen, die die Macht haben, Schüler_innen Noten zu geben. Darüber hinaus hat Bildung in unserer Gesellschaft den Zweck, Schüler_innen zu guten Konsument_innen und Arbeiter_innen zu machen. Sie sollen in den kapitalistischen Verhältnissen funktionieren und dazu müssen sie die instrumentelle Vernunft erlernen. Auch die Universität ist nicht frei von diesen Verwertungsstrukturen, sondern bewegt sich in der gleichen instrumentellen Logik. Bildung fördert so nicht mehr kritisches Denken und Freiheit, sondern Anpassung an die herrschenden Verhältnisse.

DIALEKTIK. Es gibt Momente, die nicht den Prinzipien der instrumentellen Vernunft entsprechen. Diese Impulse kommen immer wieder durch, aber werden

auch immer wieder unterdrückt oder integriert. So haben auch soziale Bewegungen, die emanzipatorischen Prinzipien der Solidarität folgen stets auch eine instrumentelle Logik in sich, die sich mehr oder weniger stark durchsetzt.

Auch Gefühle sind kein Gegensatz zur instrumentellen Vernunft. Selbst wenn sie manchmal im Widerspruch zur Vernunft stehen, sind Gefühle nicht außerhalb oder unabhängig von den herrschenden Verhältnissen. Es gibt viele Gefühle, die auch eine stabilisierende Funktion in Herrschaftsstrukturen einnehmen, aber manchmal können Gefühle auch befreiend sein. Dieser dialektische Moment ist wichtig: Gefühle, wie auch die Vernunft bringen Befreiung und Emanzipation – aber auch Herrschaft und Unterdrückung. Es geht darum, diese Dialektik an sich zu verstehen und zu erkennen, dass ein und dasselbe Ding gleichzeitig unterdrückend und befreiend sein kann.

Im Wissen ist dieses dialektische Moment auch enthalten: An Schule und Universität wird gelernt, sich an die herrschenden Verhältnisse anzupassen. Trotzdem gibt es immer wieder Augenblicke, in denen Kritik möglich ist und die befreienden Aspekte von Vernunft und Bildung zu Tage treten. Diese Spuren der Befreiung im Wissen gilt es zu finden und zu stärken.

Rosa Costa arbeitet an einem Sparkling-Science-Projekt zu Critical Science Literacy an der Universität Wien.

Literaturverweise:
 Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, S. Fischer, Frankfurt 1969.
 bell hooks: *Teaching to Transgress. Education as the Practice of Freedom*. New York, London: Routledge. 1994.

TTIP, CETA, ISDS: Entdemokratisierung in der Krise

Das ISDS-Abkommen, das sowohl in TTIP wie in CETA enthalten ist, entdemokratisiert die undemokratischen Strukturen der Europäischen Union weiter. Hanna Lichtenberger zeigt, warum sich Interessen von Kapitalfraktionen künftig noch leichter durchsetzen können.

Gegen das Freihandelsabkommen TTIP gibt es viel Widerstand, lange bevor es noch unterzeichnet ist. Denn das Abkommen greift nicht nur in den, durch das Chlorhuhn viel diskutierten Bereich der Lebensmittelsicherheit ein, sondern betrifft ein weites Feld von Gesundheits-, Verbraucher_innen-, Umwelt-, Daten- und Arbeitnehmer_innenrechten, Bereiche der Daseinsvorsorge und auch Fragen demokratischer Legitimation politischer Entscheidungsfindung. Letzteres bezieht sich sowohl auf den Modus der Verhandlungen wie auch die Inhalte des Abkommens in Bezug auf den sog. „Investitionenschutz“ (quasi dem I in TTIP).

Die Verhandlungen um TTIP werden praktisch im Geheimen geführt, lange war das Verhandlungsmandat der EU nicht öffentlich zugänglich. Erst im Rahmen einer Charmeoﬀensive der Kommission, die gesellschaftlichen Konsens für TTIP organisieren soll, veröffentlichte sie das bereits geleakte Dokument.

Neben der Frage, wer Einblick in den Verhandlungsprozess des TTIP-Abkommens bekommt und wessen Interessen gehört werden, gibt es einen zweiten Bereich, der aus demokratietheoretischer Perspektive zu untersuchen ist. Dabei geht es um die Rechte, die InvestorInnen im Rahmen von TTIP eingeräumt werden sollen.

Neben der Öffnung des Zuganges zu bisher geschützten Sektoren soll ein internationales Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen InvestorInnen und Staaten festgelegt werden, auch

ISDS (Investor-state dispute settlement) genannt. Konkret würde dies bedeuten, dass InvestorInnen in den USA und in der EU ein Klagerecht gegen zukünftige politisch-gesetzliche Regulierungen zugesprochen werden würde. Es ermöglicht InvestorInnen Staaten zu klagen, wodurch Staaten zu immensen Schadensersatzforderungen verpflichtet werden könnten.

ENTDEMOKRATISIERUNG. ISDS ist aber keine Erfindung des TTIP-Verhandlungsprozesses, sondern ist bereits heute in über 3.000 bilateralen und regionalen Verträgen Realität. Eingeführt wurde es ursprünglich, um Investitionen in Staaten mit funktionsunfähigen Rechtssystemen zu erleichtern und die dortigen (nicht)demokratischen Entscheidungswege umgehen zu können. Seit den 1990er Jahren ist es aber eine verbreitete Klausel in internationalen Verträgen, jedoch stieg die Zahl der angestrebten Verfahren im Rahmen des ISDS in den letzten Jahren signifikant. Die Konsequenzen an einem prominenten Beispiel verdeutlicht: Der Energie-Konzern Lone Pine Resources klagte, entsprechend der ISDS-Klausel im NAFTA-Vertrag, die Provinz Québec 2012 auf 250 Millionen CND-Dollar Schadensersatz, weil das dortige Parlament ein Moratorium auf die Förderung von Schiefergas („Fracking“) erließ und somit die getätigten Investitionen des Unternehmens nicht mehr rentabel waren. Andere Beispiele sind etwa Klagen eines Tabakunternehmens gegen Warnhinweise auf Zigarettenpackungen in Australien und Uruguay. Das Ensemble von EU-Apparaten, das

mit der Verhandlung und Ausarbeitung von TTIP beauftragt ist, steht nicht unter direkter Kontrolle einer gewählten Institution. Ein Problem, das sich durch die Struktur der Europäischen Union zieht. Die Debatte rund um das Abkommen macht damit tieferliegende strukturelle Probleme der europäischen Integration deutlich und unterstreicht den wettbewerbsorientierten, neoliberalen Charakter der EU als politisches Projekt. Oliver Prausmüller von der Arbeiterkammer Wien weist in diesem Zusammenhang auf die „bemerkenswerte Kontinuität einer konstitutionalistischen Agenda, die den Handlungsradius öffentlicher Politiken marktkonform limitiert und auf eine Disziplinierung demokratisch legitimierter Regulierungen zugunsten von offensiven Unternehmens- und Investoreninteressen zielt“ hin. Die konstitutionalistischen Entwicklungen lassen sich bereits seit den 1970er Jahren feststellen, jedoch kann im Zuge der Krisenbearbeitung von einem autoritären Krisenkonstitutionalismus gesprochen werden, der auf einen weiteren Schub von Verrechtlichung von Herrschaft hinausläuft. Der ISDS-Mechanismus zieht bestimmte Regulierungszuständigkeiten aus dem Bereich bürgerlich-parlamentarischer Kontrolle und begünstigt die Durchsetzung lobbyistischer Interessen, insbesondere Kapitalinteressen.

Die Erfahrungen rund um das NAFTA-Abkommen zeigen, dass viele Politiken etwa im Bereich des Umweltschutzes unter dem Vorzeichen von teuren Klagen seitens Unternehmen nicht

durchgesetzt werden. Die Politikwissenschaft bezeichnet dies als sogenannten Chilleffect. Darüber hinaus könnte der ISDS-Mechanismus mit der Durchsetzung in TTIP und CETA einen Legitimationsschub erfahren und so zum Vorbild für zahlreiche weitere Handelsabkommen weltweit werden. Die USA und die EU könnten so ihre Interessen, die in der stockenden Doha-Runde der WTO nicht durchzusetzen sind, anders zum weltweiten Standard machen.

CETA GEHT UNTER. Während TTIP stark unter medialer Kritik steht, scheint die Blaupause CETA, das Abkommen zwischen Kanada und der EU, weniger sichtbar zu sein. Doch auch das bereits fertig verhandelte, aber noch nicht unterzeichnete CETA-Abkommen inkludiert den ISDS-Mechanismus. Sollte CETA tatsächlich mit dem InvestorInnenklagerecht unterzeichnet werden, ist es nur mehr eine Frage der Postadresse, dass EU-InvestorInnen die USA klagen können und umgekehrt. Umso wichtiger ist die Einschätzung des kritischen Europarechtsexperten Andreas Fischer-Lescano, der davon ausgeht, dass der Europäische Gerichtshof den ISDS-Mechanismus in TTIP und CETA scheitern ließe, sofern sich der Verhandlungstext nicht grundsätzlich ändern würde.

Hanna Lichtenberger dissertiert am Institut für Politikwissenschaft und ist Redakteurin des Blogprojektes mosaik – Politik neu zusammensetzen.

dossier



Studium und Flucht

Nach der Flucht: Zurück zum Uni-Alltag

Nach der Flucht wieder ein Stück Normalität finden – für viele Flüchtlinge bedeutet das, ein in der Heimat begonnenes Studium wieder aufzunehmen. Einfach macht ihnen das die österreichische Bürokratie aber nicht. Magdalena Liedl hat drei von ihnen getroffen, die es trotzdem versuchen.

„Es gibt ein Lied von Helene Fischer, das heißt: Ich gebe nie auf! Das ist mein Motto“, sagt S., der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Auch seine Studienrichtung soll vage bleiben, aus Angst, seine Situation könnte sich noch weiter verkomplizieren. „Schreib beim Studium Technik!“, lacht er.

2012 schließt S. sein Bachelor-Studium an der Universität Damaskus ab – in der syrischen Regelstudienzeit von fünf Jahren. Doch eine Arbeit in

Syrien zu suchen oder ein Master-Studium anzuhängen, ist keine Option mehr. Der Krieg macht das Leben in Damaskus gefährlich und die Familie von S. entschließt sich zur Flucht. Zusammen mit seinen Eltern und seinen Geschwistern flieht er nach Jordanien, von dort aus reist er alleine weiter nach Österreich. Ein Jahr nach seinem Studienabschluss steht er allein mit einem 30-Kilo-Koffer, einer Reisetasche und seiner Laptoptasche über der Schulter auf der Polizeistation in Traiskirchen. „Der Dolmetscher hat ge-

sagt, er hat noch nie einen Asylwerber mit so viel Gepäck gesehen.“

Nach Traiskirchen kommt er in eine Flüchtlingsunterkunft in Kärnten. Dort wartet er fünf Monate auf eine Entscheidung zu seinem Asylantrag. Um nach dem Bescheid so schnell wie möglich in seiner Branche arbeiten zu können, lernt S. intensiv Deutsch. „Ich hab mich in diesen Monaten nur darauf konzentriert, Deutsch zu lernen“, sagt er. „Kommst du aus Österreich?“, fragt er dann. „Dann korrigier’ mich bitte immer, wenn ich einen Fehler mache, ja?“

Den Kärntner Dialekt versteht er so schlecht, dass er auf ungewöhnliche Methoden zurückgreifen muss. „Du gibst im Internet einfach ein: ‚Helene Fischer Lyrics‘ und dann geht das schon. Deshalb kann ich auch alle Lieder auswendig. In Österreich finden das alle immer sehr lustig.“ S. will sich seinen Bachelor-Abschluss anerkennen lassen. Mit Hilfe des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF) schickt er seine Papiere ans Wissenschaftsministerium. Auf einen Termin muss er zwei Monate warten. „Ich habe gesagt: Gut, ich warte. Was soll ich denn sonst machen?“

Nach drei Wochen bekommt er eine Antwort: Sein Abschluss entspräche einem Abschluss der Fachhochschule Technikum Wien. „Ich hab nicht verstanden, was das bedeutet. Ich habe so viele Leute gefragt. Manche haben gesagt: Ja, damit kannst du jetzt den Abschluss anerkennen lassen. Andere: Nein du musst noch Prüfungen machen.“

Also fragt S. bei denen, die es wissen sollten – bei der FH Technikum Wien – nach, welche Schritte jetzt zur endgültigen Anerkennung seines Abschlusses notwendig seien. „Ich habe das auf Englisch gefragt. Mein Deutsch war damals noch nicht so gut – und ich meine, das ist ja eine Fachhochschule, da sollte Englisch doch kein Problem sein.“ S. zieht das Wort „Fachhochschule“ in die Länge. „Aber die Dame hat gesagt: ‚Englisch? Nein, nein! Sie sind hier in Österreich! Sie müssen Deutsch reden! Kommen Sie wieder, wenn sie das B2-Zertifikat [übliches Deutsch-Niveau zur Uni-Zulassung in Österreich, Anm.] haben.“, erzählt S. „Ich wollte die B2-Prüfung ja auch machen. Aber ich wollte damals doch nur verstehen, was ich sonst noch machen muss. Muss ich zum Beispiel Prüfungen nachholen? Wenn ja, hätte ich ja schon einmal mit der Vorbereitung beginnen können. Aber sie sagte: ‚Nein, nein! Gehen Sie und kommen sie wieder mit dem B2-Zertifikat.“

Nachdem er mehrmals zwischen Wissenschaftsministerium, Integrationsfonds und FH hin und her geschickt wurde, hat S. eine neue Idee. Wenn er einen Master in Wien machen könnte, hätte er einen österreichischen Abschluss. „Dann könnte ich ganz normal arbeiten. Und ich könnte mich auch verbessern. Vielleicht gibt es etwas, das ich in Syrien noch nicht gelernt habe. Das wäre doch auch gut für die österreichischen ArbeitgeberInnen, wenn ich dazulerne.“

Tatsächlich lässt ihn die Technische Universität Wien (TU) zum Master-



Saheib flüchtete aus Aleppo, wurde an der Montanuni Leoben zugelassen und studiert, nachdem er viele bürokratische Hürden überwunden hat, Bauingenieurwesen an der TU Wien.

Studium zu, unter der Voraussetzung, dass er vier Prüfungen aus dem Bachelor nachholt. Damit tut sich aber ein neues – und für studierende Asylberechtigte typisches – Problem auf: Es ist nicht erlaubt, gleichzeitig zu studieren und beim AMS gemeldet zu sein. Wenn S. also seinen Master an der TU tatsächlich angehen will, muss er sich beim AMS abmelden und verliert dadurch jede finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig hat er keinen Anspruch auf Studienbeihilfe, denn eine der Voraussetzungen dafür ist, dass das Masterstudium innerhalb von 30 Monaten nach dem Bachelor-Abschluss begonnen wurde. Durch seine Flucht, das Warten auf den Asylbescheid und seine Deutschkurse hat S. diese Frist überschritten. So ist er nun zwar an der TU offiziell zugelassen, kann aber keine Prüfung machen, ohne die finanzielle Unterstützung des Staates zu verlieren. Er will also versuchen, Arbeit zu finden und danach sein Master-Studium beginnen.

„Der Übergang zum richtigen Leben ist schwierig“, überlegt er. „Vielleicht hätte ich es wie meine Freunde machen sollen und mir mit den Deutschkursen mehr Zeit lassen sollen. Ich habe nach eineinhalb Jahren B2 gemacht. Ich bin der erste, der ins richtige Leben muss. Meine Freunde gehen einfach immer noch in den Deutschkurs, einfach um etwas zu tun.“

ALEPPO-KAIRO-LEOBEN. Auch Saheib kennt Zeiten, in denen er einfach nichts zu tun hat. „Ich bin am 20. Oktober 2013 legal nach Österreich gekommen und ich bin legal hier geblieben“, stellt er sich nicht ohne Stolz vor, als ich ihn zusammen mit seinem Freund und Studienkollegen Yamen an der TU Wien treffe.

Saheib kommt aus Aleppo, wo er nach seinem Schulabschluss das Studium Bauingenieurswesen begann. Nach zwei Jahren bricht er das Studium ab. Uni-Gebäude werden bombardiert, die männlichen Studenten werden zum Militärdienst eingezogen. „Es ist eine Diktatur. Wer eine andere Meinung hat, wird verhaftet“, sagt Yamen. „Auch Studenten, viele meiner Freunde. Einmal wurde ein Freund während einer Prüfung abgeführt“, erzählt er. „Er ist jetzt zum Glück in Deutschland.“

Auch Saheib kann nicht bleiben. „Meine Familie hat gesagt: ‚Saheib, das ist zu

gefährlich. Du musst hier weg“, erzählt er. Er flieht in den Libanon. Wie S. will er sein Studium unbedingt wieder aufnehmen. „Zuerst habe ich mir gedacht: Ägypten.“ So fliegt Saheib nach Kairo und bewirbt sich dort an der Uni. Doch auch in Ägypten erfährt er als syrischer Flüchtling Diskriminierung. Er bewirbt sich also um ein StudentInnenvisum in Österreich – und wird an der Montanuni Leoben zugelassen.

Doch wie bei S. schafft die Zulassung erst einmal neue Probleme: Wer mit einem StudentInnenvisum in Österreich einreisen will, braucht nicht nur die Zulassung an einer österreichischen Universität, sondern auch ein österreichisches Bankkonto. Und für ein österreichisches Bankkonto braucht man einen österreichischen Meldezettel – für den in Kairo lebenden Saheib ein Ding der Unmöglichkeit. Vier Monate braucht er, um schließlich ein Visum für Österreich zu bekommen. „Gott sei Dank hat dann alles funktioniert. Die Arbeit mit der österreichischen Botschaft in Ägypten hat so lange gedauert, dass ich das erste Deutsch-Level schon in Kairo gemacht habe“, sagt Saheib.

So kann er schließlich schon mit der A1-Deutsch-Prüfung ins Flugzeug nach Österreich steigen. „Am Flughafen in Kairo hat der Beamte meinen Reisepass angeschaut und gesagt: ‚Sie haben keinen Aufenthaltstitel für Ägypten. Wie sind Sie hierhergekommen? Sie müssen Strafe zahlen.‘ Ich habe gesagt: ‚Gut, dann zahle ich.‘ Immer noch besser als Gefängnis.“

Ein Jahr lang besucht Saheib den Vorbereitungslehrgang in Leoben und lernt Deutsch. Doch bald kommt das böse Erwachen: Die syrische Botschaft in Österreich weigert sich seinen Pass zu verlängern, da er keine Bestätigung über einen abgeleisteten Militärdienst in Syrien hat – ohne Reisepass kann er aber auch sein Visum nicht verlängern. So stellt er einen Asylantrag, der nach sieben Monaten positiv beurteilt wird. Sieben Monate, in denen Saheib nichts tun kann, sein Studium liegt auf Eis; er verliert für die Dauer des Asylverfahrens seinen Anspruch auf Studienbeihilfe.

Doch mit dem positiven Asylantrag kommt auch eine Chance: Konnte er mit seinem alten Visum nur in Leoben studieren, stehen ihm nun alle Studiengänge in Österreich offen. Das

Studium Bauingenieurswesen an der TU Wien ist seinem Studium in Aleppo ähnlicher und so zieht auch Saheib nach Wien. „Ich wollte unbedingt in meiner Richtung weiterstudieren, und die gibt es in Leoben nicht.“ Ein paar Kurse von der Universität Aleppo kann er sich auch anrechnen lassen.

„Das Studium ist gut, aber nicht immer leicht“, erzählt Saheib. Wenigstens sind

tig hat er überlegt, nach Deutschland oder Schweden weiterzuziehen und sich dort für Praktika zu bewerben, doch mittlerweile ist seine Familie nach Wien nachgekommen. So will auch er in Österreich bleiben und weiterhin nach einer Arbeit suchen, um sein Master-Studium zu finanzieren, auch wenn man am AMS für diese Pläne wenig Verständnis hat.



Yamen studiert gemeinsam mit Saheib an der TU Wien.

die finanziellen Sorgen einmal weg. Er hat wieder Anspruch auf Studienbeihilfe. „Das ist auch ein bisschen gefährlich, denn die Regeln sind hier sehr streng. Und die Regeln sagen, dass man für die Studienbeihilfe 30 ECTS im Jahr machen muss. Ich bin nicht faul und ich bemühe mich gut zu lernen, aber es ist nicht immer leicht und ich weiß nicht, ob ich das schaffen kann. Aber ich versuche es.“ Durch die verlorenen Semester während des Asylverfahrens wird Saheib die Beihilfe außerdem nicht bis zum Ende seines Studiums, sondern nur bis ins vierte Semester erhalten, aber er ist zuversichtlich. „In zwei Jahren, da hoffe ich, dass ich neben dem Studium vielleicht schon arbeiten kann. Und ich hoffe, dass ich in zwei Jahren schon zum Ende des Studiums komme.“

NUR DAS STUDIUM BLEIBT. Auch S. bleibt Helene Fischer und seinem Motto „Ich geb nie auf“ treu. Kurzzei-

„Die Beraterin hat mich gefragt, warum ich studiere. Warum machen Sie das? Als ich gesagt habe, um einen besseren Job zu finden, hat sie gesagt: ‚Das ist mir egal. Sie müssen doch keinen Techniker-Job finden. Bewerben Sie sich halt in einer Pizzeria.‘ Aber ich habe in Syrien fünf Jahre lang studiert. Wieso soll ich jetzt in einer Pizzeria oder bei McDonalds arbeiten?“, sagt S. „Ich will in meinem Bereich bleiben. Ich mag ihn. Wir haben in Damaskus alles verloren: unser Haus, unsere Wohnung, unser Leben. Wir haben nichts mehr von unserer Vergangenheit. Ich habe nur eine Sache: mein Studium.“

Magdalena Liedl studiert Zeitgeschichte und Anglistik an der Universität Wien.

Hürdenlauf Nostrifizierung

Dokumente, Taxen, Ergänzungsprüfungen: Das steht Migrantinnen und Migranten bei der Nostrifizierung bevor. Wie erfolgt eigentlich die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse in Österreich? Eine Spurensuche.

Hasan H. (Name auf Wunsch geändert) aus dem syrischen Homs ist seit vier Monaten in Österreich und lebt in einer Flüchtlingsunterkunft in Reichenau an der Rax. Sein Asylverfahren ist mittlerweile in Gang, doch Hasan will arbeiten, und zwar so rasch wie möglich. In Syrien war der 33-Jährige als Agraringenieur tätig. Fünf Jahre hat sein Studium gedauert, nach einem weiteren Jahr und einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit wurde ihm der Magistergrad (Arabisch: Al-madjistir) verliehen. Ob das Studium in Österreich anerkannt wird, dafür gibt es keine pauschale Regelung. Im besten Fall wird Hasan H. nach einigen Monaten Verfahrensdauer das Studium voll anerkannt. Im schlimmsten Fall gibt es keinen positiven Bescheid, sondern maximal die Anerkennung einzelner Prüfungen.

HÜRDENLAUF. Es ist ein steiniger, mit Barrieren gepflasterter Weg, den Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge in Österreich gehen müssen, wenn sie ihre akademischen Ausbildungen anerkennen lassen wollen. Dafür braucht es eine Menge Unterlagen, vor allem aber viel Geduld und Durchhaltevermögen. Die Nostrifizierung, so der Fachbegriff für das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Studien in Österreich, hängt von Staatsangehörigkeit und Berufsart ab. Eine „automatische“ Anerkennung gibt es nicht – auch nicht angesichts der 90.000 Asylanträge,

die in Österreich bis Jahresende 2015 zu erwarten sind. Begründung: Die Studieninhalte sind zu unterschiedlich, eine Prüfung im Einzelfall ist daher zwingend notwendig. Ein syrischer Arzt kann sich nicht darauf verlassen, in Österreich rasch in seinem Beruf arbeiten zu können.

Diese Ungewissheit schreckt viele Migrantinnen und Migranten ab, es überhaupt zu versuchen: Nur jedeR Dritte lässt sich die im Ausland erworbene akademische Ausbildung nostrifizieren. Andere verzweifeln an der Dauer des Verfahrens, an den Ergänzungsprüfungen – und geben am Weg zur Nostrifizierung auf. Selbst eine erfolgreiche Nostrifizierung ist noch kein Garant dafür, danach auch einen adäquaten Job zu bekommen. Laut einer Befragung aus dem Jahr 2012 im Auftrag der Arbeiterkammer Wien ist jedeR dritte MigrantIn in Wien unterhalb ihres/seines Ausbildungsniveaus beschäftigt. Der Anteil von überqualifiziert beschäftigten Migrantinnen und Migranten ist laut OECD in Österreich einer der höchsten innerhalb der 34 OECD-Staaten. Gesamtstatistiken gibt es jedoch nicht.

KOMPETENZ-CHECKS. Erschwert wird die Anerkennung von akademischen Abschlüssen durch das mangelnde Wissen über die Kompetenzen der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Viele Klischees stehen

im Raum – doch Daten gibt es kaum bis gar nicht. Um den Bildungsstatus zu erfassen, führt das Arbeitsmarktservice (AMS) aktuell Kompetenz-Checks durch. Mitte Dezember sollen erste Ergebnisse vorliegen.

Wer ist für die Anerkennung von Studien überhaupt zuständig? Einfach ist es nicht, das herauszufinden. Erste Anlaufstelle ist in den meisten Fällen ENIC-NARIC-Austria. Ein zehnköpfiges Team kümmert sich im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFV) um Anerkennungsfragen. Einrichtungen dieser Art gibt es in allen EU-Staaten. Doch die tatsächliche Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses als gleichwertig mit dem Abschluss eines inländischen Studiums erfolgt direkt an der Universität bzw. Fachhochschule. Zwischen 2010 und 2013 gab es laut ENIC-NARIC-Austria etwa 13.000 Ansuchen auf Titel-Anerkennung, zum Großteil aus osteuropäischen Staaten und Russland. Nicht notwendig ist die Nostrifizierung übrigens für die Zulassung zu weiterführenden Studien (Magister/Master, Doktorat, PhD).

Es sind also die Universitäten und FHs selbst, die über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse entscheiden. Doch: keine Regel ohne Ausnahme. So erkennt das BMWFV – und nicht die Universitäten bzw. FHs – einzelne Studien aus bestimmten Staaten aufgrund

von zwischenstaatlichen (bilateralen) Abkommen direkt an. „Dieses vereinfachte Verfahren gilt für Absolventinnen und Absolventen bestimmter Studien aus Bosnien und Herzegowina, Italien, dem Kosovo, Kroatien, Liechtenstein, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien“, erklärt Heinz Kasparovsky, Leiter der Informationsstelle. Auch Studienabsolventinnen und -absolventen von päpstlichen Universitäten dürfen sich über ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren dank eines bilateralen Abkommens freuen. Initiativen, die Verfahren nun angesichts tausender Asylwerbender in Österreich zu vereinfachen, gibt es aktuell nicht. Dabei könnte eine raschere Anerkennung akademischer Studien dem Mangel an Fachkräften in zahlreichen Branchen entgegenwirken. Einerseits suchen österreichische Krankenhäuser händeringend nach medizinischem Personal, andererseits müssen aber in diesem Bereich ausgebildete Fachkräfte den langen, zermürbenden Weg der Anerkennung gehen.

BEISPIEL: UNIVERSITÄT WIEN. Dem Großteil der an der Nostrifizierung Interessierten bleibt der Gang an die Universitäten und Fachhochschulen nicht erspart. An der Universität Wien entscheidet gemäß Satzung und Universitätsgesetz die/der Studienpräses über die Nostrifizierung. Um das Verfahren starten zu können, sind zahlreiche Unterlagen nötig, so Claudia



Foto: Mafalda Rakoš

Fritz-Larott vom Büro der Studienpräses: Neben dem Antragsformular sind das die Geburtsurkunde, ein Staatsbürgerschaftsnachweis/Reisepass, der Aufenthaltstitel, das Reifeprüfungszeugnis, ein kurzer Lebenslauf, die Urkunde über den ausländischen Studienabschluss und möglichst viele Unterlagen zum absolvierten Studium selbst, also Zeugnisse über Prüfungen, Studienbuch, Studienplan, wissenschaftliche Arbeiten usw. Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss zudem nachweisen, dass die Nostrifizierung zwingend notwendig ist für die Berufsausübung oder die Fortsetzung der Ausbildung – ein Nachweis, der in der Praxis häufig schwierig zu beschaffen ist. De facto kann das durch den/die (künftige/n) ArbeitgeberIn geschehen, aber auch durch ein Schreiben einer Behörde.

Neben den Dokumenten ist zudem die Zahlung der Nostrifizierungstaxe erforderlich. Claudia Fritz-Larott von der Universität Wien sagt dazu: „Diese beträgt 150 Euro und ist damit im europäischen Vergleich nicht besonders hoch.“ Das Verfahren verteuert sich jedoch durch die Übersetzung der zahlreichen Dokumente, die für die Nostrifizierung vorzulegen sind. Das Nostrifizierungsverfahren dauert etwa drei Monate, so die Universität Wien, und mündet in einen Bescheid. Ist er positiv, gilt der ausländische Studienabschluss als mit dem inländischen gleichwertig. Ist er negativ, ist eine An-

erkennung nicht möglich, denn Inhalt und Dauer des im Ausland absolvierten Studiums gelten als zu stark von den österreichischen Studien abweichend. Ein negativer Bescheid wird auch ausgestellt, wenn Unterlagen fehlen, die Hochschule nicht anerkannt oder die eingereichten Diplome ungültig sind. Möglich ist es dann noch, sich für ein Studium an einer österreichischen Universität einzuschreiben und einzelne Prüfungen anerkennen zu lassen. In der Praxis gibt es häufig einen Mittelweg zwischen positivem und negativem Bescheid: Der Antragstellerin oder dem Antragsteller werden Bedingungen gesetzt: Sie oder er muss dann noch einmal eine Abschlussarbeit verfassen, einzelne Lehrveranstaltungen nachholen oder Prüfungen ablegen. Auf Deutsch, versteht sich.

SPRACHKENNTNISSE ALS SCHLÜSSEL. Hier liegen auch die größten Schwierigkeiten für Migrantinnen und Migranten, so der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF). Auf der Flucht verloren gegangene oder im Herkunftsland zurückgelassene Dokumente lassen sich äußerst selten beschaffen. Dies führt zu Auflagen im Nostrifizierungsverfahren – und zu Verzögerungen. Denn um Prüfungen auf Deutsch ablegen zu können, ist in der Regel ein Sprachniveau auf B2 und damit ein mehrjähriges Erlernen der Sprache erforderlich. Bei „geschützten“ Berufen wie Rechts-

anwältinnen und Rechtsanwälten, Lehrerinnen und Lehrern, Medizinerinnen und Medizinern haben zudem auch die Berufsvertretungen – von der Rechtsanwaltskammer über die Ärztekammer bis hin zum Hebammengremium – mitzureden. Viele Migrantinnen und Migranten, so der WAFF, lassen es daher überhaupt bleiben und nehmen dieses langwierige Verfahren gar nicht auf sich.

Welche Alternativen bleiben Flüchtlingen also? Eine Möglichkeit wäre ein Studierendenvisum. Haken an der Sache ist jedoch, dass dieses bereits im Herkunftsland gestellt werden muss – und neben dem Nachweis, über ausreichend finanzielle Mittel (8.000 Euro am Bankkonto) zu verfügen, auch eine Versicherung sowie einen festen Wohnsitz erfordert. Einfacher geht es mit der Initiative MORE (s. Seite 11). Haken an der Sache: Prüfungen können MORE-Studierende nicht ablegen. In Deutschland startet mit dem Wintersemester die Pilotphase der „Wings University“: Sie ermöglicht, per Online-Studium auf Englisch einen Studienabschluss zu erwerben. Momentan sind vier Studiengänge im Angebot: Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Ingenieurwissenschaften und Architektur. Der Zugang zur Online-Uni erfolgt über Einstufungstests. Zeugnisse müssen die angehenden Studierenden nicht vorlegen. All diese Initiativen, so vorbildlich und

kreativ sie auch sein mögen, ändern jedoch nichts am komplizierten Verfahren der Nostrifizierung.

Hasan H. will es jedenfalls probieren und sein Studium hier in Österreich anerkennen lassen. „Was habe ich schon zu verlieren?“, meint der junge Mann aus Syrien. Sobald sein Asylantrag bearbeitet ist, will er seine Unterlagen für die Nostrifizierung an der Universität für Bodenkultur in Wien einreichen. Ihm geht es bei dem Antrag nicht nur um die Anerkennung seines akademischen Titels. Er will sich in Österreich integrieren – anerkannt sein. Nicht nur akademisch und rechtlich, sondern beruflich und persönlich.

Susanne Weber hat Politikwissenschaft in Wien und Brüssel studiert und arbeitet als Pressereferentin.

*Informationszentrum für akademische Anerkennung ENIC-NARIC-Austria:
www.nostrifizierung.at (auf Deutsch und Englisch)
Telefon: 0800 312 500 (gebührenfrei aus ganz Österreich)
info@nostrifizierung.at
KundInnendienstzeiten: Dienstag und Donnerstag, 9.00 bis 12.00 Uhr*

Über Grenzen – Geschlecht als Fluchtgrund

Frauen*, die fliehen, sind spezifischen Diskriminierungsmechanismen ausgesetzt – auf der Flucht, im Asylverfahren, am Arbeitsmarkt und in der Unterbringung.



Foto: Chris Belous

Laut der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR waren 2013 knapp die Hälfte aller geflüchteten Personen weltweit Frauen* und Mädchen*. Davon schaffen es nur wenige nach Europa. Dem Bundesministerium für Inneres zufolge wurden in Österreich bis einschließlich September 2015 rund 24 Prozent aller Asylanträge von Frauen* gestellt.

Frauen* fliehen genauso wie Männer* auf Grund von Armut, Krieg, Folter, staatlicher Repression oder anderen Menschenrechtsverletzungen, aber auch wegen geschlechtsspezifischen Fluchtursachen, die fast ausschließlich Frauen* betreffen: Genitalverstümmelung, Vergewaltigung (im Rahmen von Bürgerkriegen und anderen Konflikten), Steinigung, Ehrenmorde, Zwangsprostitution, Zwangsabtreibung, Zwangsverheiratung, Verweigerung von Arbeit und Bildung etc. Trotzdem sind frauen*spezifische Fluchtgründe in der Judikatur

und in der behördlichen Praxis in Österreich nicht explizit aufgearbeitet.

Für Frauen* ist die Flucht in der Regel viel beschwerlicher als für Männer*. Durch Illegalisierung und die Abhängigkeit von Schlepper_innen sind Frauen* häufig speziellen Ausbeutungsmechanismen und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Oft kommen sie aus sozioökonomisch schwächeren Verhältnissen als Männer* auf der Flucht. Sie sind gezwungen, als Haushaltshilfe zu arbeiten oder sich zu prostituieren, um Schlepper_innen bezahlen zu können. Vor allem Frauen*, die alleine unterwegs sind, sind häufiger Gewalt ausgesetzt und begegnen individuellen Fluchtursachen auf der Flucht wieder.

GESCHLECHT ALS SOZIALE GRUPPE. Die Genfer Flüchtlingskonvention schützt jene Personen, die auf Grund von „Rasse (sic!), Religion, Nationa-

lität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen politischer Überzeugung“ von staatlicher Seite verfolgt werden – Geschlecht findet keine Erwähnung. Fluchtgründe, die nur Frauen* betreffen, können somit nur unter der sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung subsumiert werden. Dadurch ergibt sich Raum für behördliche Willkür und die betroffenen Personen sind umso stärker von guter juristischer Betreuung abhängig. Zudem kommen patriarchale Denkmuster auch in der Beurteilung von frauen*spezifischen Fluchtgründen in der Rechtsprechung zum Tragen.

Frauen* fliehen vor staatlicher Repression, die speziell gegen sie gerichtet ist und darauf abzielt, Frauen* innerhalb eines Systems gewisse Funktionen zuzuweisen. Eine Zuteilung nach der Genfer Flüchtlingskonvention fällt hier schwer, vor allem wenn es nicht um staatsreligiöse, sondern „nur“

traditionelle Wertvorstellungen geht. Daraus ergibt sich für betroffene Frauen* kein gezielt individueller Nachteil, sondern eine strukturelle Diskriminierung beruflicher und privater Natur. In der Vergangenheit wurden Asylanträge von afghanischen Frauen* auf der Flucht vor dem Taliban-Regime daher auf Grund fehlender Zielgerichtetheit der Verfolgung abgelehnt.

Anahita Tasharofi arbeitet als Dolmetscherin bei Hemayat – einem Wiener Verein, der traumatisierten Folter- und Kriegsüberlebenden dolmetschgestützte psychotherapeutische Unterstützung anbietet. Vor einem halben Jahr lernte sie eine junge afghanische Frau* kennen, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückging, nachdem ihr Asyl in Schweden verwehrt wurde und die österreichischen Behörden sie auf Grund von Dublin III wieder in das Erstaufnahmeland Schweden zurückschicken wollten. „Sie ist geflohen, weil ihr in Afghanistan die Zwangsheirat bevorstand und sie Morddrohungen vom eigenen Vater erhalten hatte. Es ist erschreckend, dass einer jungen Frau* in Europa kein Schutz geboten wird und sie freiwillig in das Land zurückkehrt, wo ihr der Tod bevorsteht!“, so Anahita Tasharofi.

VERBORGENE FLUCHTGRÜNDE. Eine weitere wesentliche Hürde für geflüchtete Frauen* ist der Erstkontakt mit hiesigen Behörden. Bei Eingriffen in die sexuelle Selbstbestimmung gilt grundsätzlich § 20 des Asylgesetzes 2005, der besagt, dass betroffene Personen von einem_r gleichgeschlechtlichen Organwalter_in, sofern nicht anders gewünscht, einvernommen werden müssen. In der Praxis gibt es mit dieser Regelung jedoch viele Probleme. Frauen* werden bei der Erstbefragung meist nicht einmal über dieses Recht informiert. Erschwerend kommt hinzu, dass Frauen* auf nicht sensibilisierte und psychologisch ungeschulte Beamt_innen* treffen und nicht das nötige Vertrauen aufbauen können, um über ihren geschlechtsspezifischen Fluchthintergrund zu erzählen.

Denjenigen, die den Mut aufbringen, über ihre Erfahrungen zu sprechen, wird oft nicht geglaubt und vorgeworfen, sie hätten sich die Ereignisse ausgedacht. Als Beweis wird nach Papieren gefragt, um die Fluchtursachen zu belegen. Wenn überhaupt, werden frauen*spezifische Fluchtursachen deshalb meist sehr spät eingebracht. Das Asylgesetz sieht jedoch grundsätzlich vor, dass Begründungen unverzüglich in einem Verfahren vorgebracht werden müssen – dafür sorgt das sogenannte Neuerungsverbot. Dieses besagt, dass Tatsachen und Beweismittel, die nicht bis zum Ende der ersten Instanz eingebracht wurden, auch im Beschwerdeverfahren nicht vorgebracht werden dürfen.

PATRIARCHALE RECHTSSPRECHUNG. Das österreichische Asylgesetz bezieht sich auf mehrere internationale Rechtsgrundlagen wie die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Richtlinien über

Mindestnormen für die Anerkennung und den Status als geflüchtete Person. Diese Rechtsvorschriften sind völkerrechtliche Verträge, die auf einer patriarchalen Logik beruhen, und in erster Linie den öffentlichen Lebensbereich, der Männern* zugeschrieben wird, beachten.

Viele Frauen* verbringen aber viel Zeit im privaten Umfeld, wo ein Großteil der Rechtsverletzungen gegenüber Frauen* stattfindet. Traditionell wird der Asylstatus jedoch nicht durch Gewalt an Privatpersonen begründet, sondern durch staatliche Verfolgung. Frauen*spezifische Fluchtgründe, wie häusliche Gewalt oder Zwangsheirat, die im Privaten durch nicht-staatliche Akteur_innen geschehen, finden in vielen Ländern keine oder nur schwierig Anerkennung. In Österreich werden frauen*spezifische Fluchtgründe oft erst ab der zweiten Instanz berücksichtigt.

PREKARITÄT. In Österreich angekommen, erwartet viele geflüchtete Frauen* eine menschenunwürdige Unterbringungssituation. Im Erstaufnahmезentrum Traiskirchen, das für 1.800 Personen eingerichtet ist, wurden zu Spitzenzeiten bis zu 5.000 Menschen einquartiert. Dort gibt es keine gesonderten Bereiche für Frauen*. Auch getrennte Sanitäreinrichtungen oder Absperrmöglichkeiten für Duschen waren nicht zu jeder Zeit vorhanden. Der Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung ist völlig unzureichend, wie erst kürzlich ein Bericht von Ärztin ohne Grenzen schilderte. Schwangere Frauen* werden im Freien in Zelten untergebracht und müssen teilweise auch unter diesen Bedingungen gebären.

Der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt ist für Asylwerber_innen sehr restriktiv. Grundsätzlich darf drei Monate nach Antragsstellung eine Lohnarbeit ausgeübt werden. Diese Arbeitserlaubnis gilt auch bei Bewilligung, jedoch aufgrund des Barstein-Erlasses nur für Gastronomie sowie Land- und Forstwirtschaft. Das kommt praktisch einem Arbeitsverbot für Asylwerber_innen gleich. Außerdem dürfen Asylwerber_innen das Bundesland, in dem sie untergebracht sind, nicht verlassen, da sie sonst ihren Platz in der Grundversorgung verlieren. Eine Option ist die selbstständige Erwerbstätigkeit – den Gewerbeschein zu erlangen, gestaltet sich in der Praxis jedoch als äußerst kompliziert. Für jene Frauen*, die aus ihrem Herkunftsland vor sexueller Gewalt, Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen geflohen sind, ergibt sich somit eine einzige Nische der legalen Erwerbstätigkeit: die (selbstständige) Sexarbeit.

Durch die rassistische Gesetzgebung gliedert der Staat unterschiedliche Gruppen (Inländer_innen, Ausländer_innen) mit unterschiedlichen Rechten in das Produktionsverhältnis ein und gewährt ihnen je nach sozialem Status mehr oder weniger Rechte. Asylwerber_innen werden in extrem prekäre Arbeitsverhältnisse und eine verletzbar Situation

gedrängt. Zudem wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (Lohn- vs. Reproduktionsarbeit) durch eine rassistische Arbeitsteilung ergänzt: Die soziale Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Sexarbeit etc.) wird zunehmend an Migrantinnen* weitergereicht. Es entsteht eine Spaltung der Arbeitskräfte und die Reproduktionskosten in einem kapitalistischen System werden niedrig gehalten.

LGBTIQ. Viele Menschen müssen fliehen, weil sie in ihrem Herkunftsland trans-, inter- oder homophober Gewalt ausgeliefert sind. In Österreich treffen sie auf strukturelle Diskriminierung und Unverständnis. Oft wird homo-, bi-, trans-, intersexuellen und queeren (LGBTIQ) Asylwerber_innen das Bleiberecht verwehrt, mit der Begründung, sie könnten in ihrem Herkunftsland Verfolgung vermeiden, indem sie ihre sexuelle Orientierung verbergen. Oder ihr Fluchtgrund wird als nicht glaubwürdig oder nicht nachweisbar bewertet.

Während und nach dem Verfahren wird kein adäquater Schutzraum von Seiten der Behörden geboten, ganz im Gegenteil: LGBTIQ-Personen werden mit vielen anderen, womöglich homo- oder transphoben Geflüchteten untergebracht und laufen Gefahr Gewalt- und Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Viele Unterkünfte befinden sich außerhalb von urbanen Ballungsräumen, ohne Zugang zu Beratung und Unterstützung durch die LGBTIQ-Community oder NGOs.

Auch LGBTIQ-Asylwerber_innen werden am Arbeitsmarkt in die prekäre Sexarbeit gedrängt. Erst Anfang des Jahres wurde Hande Öncü, welche sich als Asylwerberin*, Transfrau* und Sexarbeiterin* in einer extrem prekären Situation befand, in Wien ermordet.

**Sternchen in diesem Text weisen nicht auf Anmerkungen am Ende hin! Sie sind, wie öfter im progress, ein Zeichen für gendergerechte Sprache, die Menschen jenseits der Mann-Frau-Binarität einschließen möchte.*

Jasmin Kassai studiert Medizin an der MedUni Wien.

Infobox

Anlaufstellen und Möglichkeiten, sich zu engagieren:

Initiative Frauen* auf der Flucht – unterstützt geflüchtete Frauen* im Asylverfahren etc. – <https://frauenaufderflucht.wordpress.com>

Migay: Verein in Wien zur Unterstützung homosexueller, bisexueller, transidenter und queerer Migrant_innen – www.migay.at

QueerBase – Welcome and support for LGBTIQ Refugees – <http://dievilla.at/asyl>

Oriental Queer Organization Austria – <http://orqoa.at/index.html>

Asyl in Not – www.asyl-in-not.org

Weder Hustenzuckerl noch Taschentücher annehmen

Schlepperei als soziales Phänomen und juristischer Straftatbestand wurden in den letzten Jahren zu einem öffentlich breiter diskutierten Thema. Wen Strafverfolgung in der Praxis trifft, ist aber selten Teil der Debatte.

Die erste Facebook-Einladung zu einem Fluchthilfe-Konvoi bekam ich im September. Angst davor, auf „Teilnehmen“ zu klicken, hatte ich keine. Dabei ist Fluchthilfe in Österreich strafbar. Warum ich keine Angst hatte? Weil ich mutig bin? Wohl kaum. Weil ich naiv bin? Nein, das drohende Strafausmaß war mir bewusst. Warum also dann?

Die Fluchthilfe-Konvois erregten in den letzten Monaten Aufsehen damit, von Österreich aus nach Ungarn zu fahren, um Flüchtende am Rückweg über die Grenze mitzunehmen. Diese Konvois verstanden ihr Handeln nicht nur als Hilfeleistung, sondern auch als politisch-symbolischen Akt, der der Kriminalisierung von Fluchthilfe etwas entgegensetzt.

Eine Frau, die öffentlich dazu steht, Fluchthilfe zu leisten, ist Anahita Tasharofi, Gründerin und Obfrau des Vereins „Flucht nach vorn“. Mit Slogans wie „Ich bin Fluchthelferin und stolz darauf“ versucht ihr Verein die Kriminalisierung von Fluchthilfe öffentlich zu thematisieren, um kriminalisierten Menschen Mut zu machen, sich Unterstützung zu holen. „Wir wollen den Betroffenen zeigen, dass sie nicht alleine sind, dass Zivilcourage kein Verbrechen ist“, sagt Tasharofi im Interview. Eine Anzeige wegen Schlepperei handelte sich Tasharofi ein, als sie mit einem Mitarbeiter des Innenministeriums in Konflikt geriet. Dass gegen sie ermittelt wurde, sieht Tasharofi als Einschüchterungsversuch.

DIE POLITISCHE FUNKTION DES SCHLEPPEREI-VORWURFES. Im §114 Fremdenpolizeigesetz (FPG) wird Schlepperei – die Förderung der Einreise oder Durchreise von „Fremden“ – als Straftat definiert, wenn eine Gegenleistung (Entgeltlichkeit) im Spiel ist. Aber auch ohne Gegenleistung ist Fluchthilfe nach §120 FPG strafbar, wenn auch nur als Verwaltungsübertretung.

Dass der Schlepperei-Vorwurf gerne verwendet wird, um politischen Aktivismus zu diskreditieren, zeigte sich 2014 im sogenannten Schlepperei-Prozess gegen Aktivisten des Refugee Protest Camps. Die Verhaftungen der Angeklagten im Sommer 2013 gingen mit einem großen Medienspektakel ein-

her. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner sprach davon, dass es sich um eine brutale Schlepperbande handle, die schwangere Frauen am Weg zurücklasse. Von 30 Millionen Euro „Schlepperumsatz“ war die Rede. Dass all diese Vorwürfe der Diffamierung einer lästig gewordenen Protestbewegung dienten, lag für manche von Anfang an auf der Hand und wurde spätestens im Laufe des Prozesses bestätigt. Denn all diese Vorwürfe waren nicht Verhandlungsgegenstand: Es ging immer nur um Kleinstbeträge zwischen 20 und 30 Euro. Fast alle Angeklagten bekannten sich dazu, andere Geflüchtete bei der Durchreise durch Österreich unterstützt zu haben. Verdient hätten sie daran nichts, oft sogar aus der eigenen Tasche draufgezahlt, etwa wenn sie sich um Zugtickets kümmern mussten. Als Prozessbeobachterin für „Nachrichten auf ORANGE 94.0“ konnte ich miterleben, wie weit die Entgeltlichkeit gefasst werden kann. Jede Erwähnung von Kleinstbeträgen in den abgehörten Telefonaten wurde zu einem Indiz für die angebliche Schleppertätigkeit. Auch wurde die Annahme von Essen als „Schlepperlohn“ ausgelegt.

Als im Dezember 2014 ein Großteil der Angeklagten wegen §114 FPG verurteilt wurde, war die Empörung groß. Übersehen wurde dabei aber, dass das Urteil sehr „milde“ war, wenn es mit anderen Verfahren nach §114 mit ähnlicher Sachlage verglichen wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Strafausmaß ohne die mediale Beobachtung weit höher gewesen wäre.

BETROFFENE PREKARISIERTE OHNE RÜCKHALT IN DER ÖFFENTLICHKEIT. Ein ähnliches Phänomen ist im Fall Tasharofi zu beobachten. Die Ermittlungen gegen die Gründerin des Vereins „Flucht nach vorn“ wurden nach kurzer Zeit eingestellt. Tasharofi führt das nicht nur auf mangelnde Beweise, sondern auch auf öffentliche Aufmerksamkeit zurück: „Der Unterschied zwischen mir und den anderen Menschen, die als Schlepperin oder als Schlepper angezeigt wurden, ist, dass ich durch meinen Verein mehr in der Öffentlichkeit stehe.“ Tasharofi ist breit vernetzt, steht laut für ihre Rechte ein und hat einen guten Anwalt. Im Interview er-

zählt sie, dass sich nach der Anzeige gegen sie viele Menschen bei ihr gemeldet und ihr erzählt hätten, dass sie selbst, Verwandte oder Freund_innen auch davon betroffen seien. „Sie haben keine Anwalt_innen, können sich die Kosten nicht leisten, es gab keine öffentliche Aufmerksamkeit und sie trauten sich auch nicht, das öffentlich anzusprechen“, erklärt Tasharofi.

Gefährdet ist also weniger die Fluchthilfe-Konvoi-Bewegung, die gut informiert und vernetzt ist und weiß, dass sie von einer mitfahrenden Person weder Hustenzuckerl noch Taschentücher annehmen darf, um sich nicht der entgeltlichen Schlepperei schuldig zu machen. Gefährdet sind auch nicht jene, die Menschen unter lebensbedrohlichen Bedingungen in Lastwägen pferchen. Gefährdet sind Menschen, die ihre Verwandten und Bekannten über die Grenze bringen und sich dabei das Benzingeld aufteilen. Gefährdet sind auch Taxifahrer_innen, die den normalen Fahrpreis für die Fahrt über die Grenze kassieren. Menschen in prekären Lebensverhältnissen, die auf Pflichtverteidiger_innen angewiesen sind und keinen Rückhalt in der Öffentlichkeit haben, sind es, die letztlich wegen Schlepperei zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt werden, weil sie Menschen beim Grenzübertritt geholfen haben.

Nach dem „Schlepperei-Prozess“ 2014 wurden Forderungen nach einer Reform des §114 FPG laut. Mit der aktuellen Situation ist die Aussicht auf eine Reform aber in weite Ferne gerückt. Die europäische Asylpolitik macht Schlepperei erst notwendig, indem sie keine legalen Fluchtwege zulässt. Ihre Vertreter_innen hüten sich davor, Fluchthilfe zu entkriminalisieren, denn das würde auch die Flucht nach Europa erleichtern.

Katharina Gruber hat Politikwissenschaft in Wien studiert und ist in der politischen Bildungsarbeit, im Journalismus und in der Sozialarbeit tätig.

progress

zu Hause lesen

EINFACH ONLINE

**IMMER
AKTUELL**

Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

progress-online.at

Flüchtende
1000 x
Willkommen

Du hast ein Zimmer frei?

www.1000willkommen.at



Verein.
Respekt.
net

FÜR
GESELLSCHAFTS
POLITISCHES
ENGAGEMENT